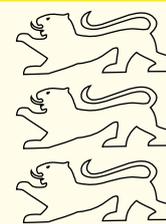


Familien

in Baden-Württemberg

REPORT



04/2012



Jugendliche, außerschulische Jugendbildung, Partizipation

Inhalt

Wichtige Ergebnisse im Überblick	2
Editorial	4
1. Lebenswelten von Jugendlichen	5
Jugendliche heute – ausgewählte Ergebnisse der Jugendforschung	5
Jugendliche in Baden-Württemberg	8
2. Entwicklungen in der Jugendarbeit und der außerschulischen Jugendbildung in Baden-Württemberg	9
Strukturen der Jugendarbeit und der außerschulischen Jugendbildung in Baden-Württemberg	9
Kinder- und Jugendarbeit im Spiegel der amtlichen Statistik	12
Perspektiven und Empfehlungen für die Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendarbeit in Baden-Württemberg	17
Aktuelle Entwicklungen auf Landesebene	20
3. Stärkung von Jugendbeteiligung in Kommunen	22
Partizipationsmöglichkeiten Jugendlicher, Einflussgrößen und Empfehlungen	22
Jugendbeteiligung vor Ort: Praxisbeispiele und Unterstützungsangebote	26
4. Jugendpolitik in Europa – EU-Jugendstrategie	29
Datenquellen	32
Literatur	33
Impressum	36

Jugendliche, außerschulische Jugendbildung, Partizipation

Wichtige Ergebnisse im Überblick

- Die Jugendphase hat sich in den letzten Jahrzehnten stark gewandelt. Ergebnisse der Jugendforschung zeigen, dass sich junge Menschen angesichts schwieriger werdender gesellschaftlicher Bedingungen und ungewisser Zukunftsperspektiven zunehmend verunsichert fühlen. Dennoch beschreibt die 16. Shell-Jugendstudie (2010) Jugendliche in Deutschland als eine selbstbewusste Generation, die es gelernt hat, mit dem gesellschaftlichen Druck umzugehen. Kennzeichnend für die junge Generation sind ein sehr pragmatischer Umgang mit den Herausforderungen in Alltag, Beruf und Gesellschaft und eine hohe Leistungsbereitschaft mit einem ausgeprägten Sinn für soziale Beziehungen im persönlichen Nahbereich.
- Nach Auswertungen des Mikrozensus lebten in Baden-Württemberg 2011 rund 480 000 Jugendliche im Alter von 14 bis unter 18 Jahren und 955 000 junge Menschen im Alter von 18 bis unter 25 Jahren. Von den 18- bis unter 25-Jährigen lebten 68 % als lediges Kind bei den Eltern (Bundesgebiet: 63 %). Jüngere Jugendliche wohnen in aller Regel noch bei ihren Eltern. Rund 79 % der 14- bis unter 18-Jährigen lebten 2011 bei Ehepartnern, 4 % in nicht ehelichen Lebensgemeinschaften und etwa 18 % bei einem alleinerziehenden Elternteil.
- Ergebnisse des „Survey Jugend 2011 Baden-Württemberg“, durch den erstmals mehr als 2 400 Jugendliche zwischen 12 und 18 Jahren zu Themen wie Schule, Engagement, Freizeitgestaltung und Berufswünschen befragt wurden, bestätigen die hohe Bedeutung, die Familie und Freunde für Jugendliche haben. Für 88 % der befragten Jugendlichen in Baden-Württemberg gehört die Familie zu den Top-5-Themen (Freunde 85 %).
- Die Kinder- und Jugendarbeit leistet neben Familie und Schule einen unverzichtbaren Beitrag zur Entwicklung und Bildung von Kindern und Jugendlichen. Die demografische Entwicklung und sich verändernde Lebensbedingungen stellen die Kinder- und Jugendarbeit vor vielfältige Herausforderungen. Dies gilt insbesondere für die ländlichen Regionen Baden-Württembergs. Hier wird es zukünftig darum gehen, durch lokale und regionale Bildungslandschaften ein attraktives nicht-kommerzielles Angebot der Kinder- und Jugendarbeit zu sichern.
- 2008 beauftragte die Landesregierung Prof. Dr. Rauschenbach und sein Team mit der Erstellung eines Gutachtens zur „Lage und Zukunft der Kinder- und Jugendarbeit in Baden-Württemberg“. Die 2010 erschienene Expertise umfasst eine empirische Strukturanalyse und benennt Potenziale und Perspektiven der Kinder- und Jugendarbeit in Baden-Württemberg. Außerdem werden Empfehlungen für die Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendarbeit formuliert, die sich an unterschiedliche Ebenen und Akteure richten.

- Der Ministerrat hat am 24. Juli 2012 die Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendarbeit und der Jugendsozialarbeit durch den „Zukunftsplan Jugend“ beschlossen. Dieser wurde in einem von Prof. Dr. Rauschenbach und seinem Team begleiteten Prozess gemeinsam mit den Verbänden der Kinder- und Jugendarbeit, der Jugendsozialarbeit, den Kommunalen Landesverbänden sowie den betroffenen Ministerien erarbeitet und am 12. März 2013 von den beteiligten Partnern unterzeichnet. Damit tritt er für den Zeitraum vom 1. Januar 2013 bis 31. Dezember 2016 in Kraft, vorbehaltlich der erforderlichen Beschlüsse des Haushaltsgesetzgebers. Er umfasst 16 Leitlinien, die Perspektiven für die Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendarbeit und der Jugendsozialarbeit in Baden-Württemberg markieren.

Um finanzielle Planungssicherheit in der Kinder- und Jugendarbeit und der Jugendsozialarbeit zu schaffen, sollen die Ansätze des Landeshaushalts in den Bereichen Jugendbildung, Landjugend, Jugendverbands- und Jugendorganisationsförderung, Jugendarbeit und Jugendberufshilfe bis Ende 2016 nicht unter die Veranschlagungen im Landeshaushalt 2013/2014 gesenkt werden. Darüber hinaus stellt das Land für die Umsetzung des „Zukunftsplans Jugend“ im Jahr 2013 zusätzliche Mittel in Höhe von 1 Mill. Euro und ab dem Jahr 2014 in Höhe von 3 Mill. Euro zur Verfügung. Daraus sollen zu etwa einem Drittel neue Stellen im Rahmen eines Bildungsreferenten-Programms und zu circa zwei Dritteln Innovationen des „Zukunftsplans Jugend“ finanziert werden.

- In zahlreichen Kommunen Baden-Württembergs gibt es mittlerweile ein breites Spektrum an Ansätzen der Jugendpartizipation. Dazu gehören parlamentarische Formen wie Jugendgemeinderäte, offene Angebote (z.B. Kinder- und Jugendforen oder Hearings), Mitwirkungsmöglichkeiten bei einzelnen Projekten und verwaltungsorientierte Formen wie Kinder- und Jugendbüros. Erfahrungen zeigen, dass erprobte Ansätze passgenau auf die jeweilige Situation vor Ort abgestimmt und prozessorientiert weiterentwickelt werden müssen. Bewährt hat sich ein Mix aus verschiedenen Partizipationsformen unter Einbeziehung aller vorhandenen örtlichen Ressourcen der Jugendpolitik, der Jugendarbeit, der außerschulischen und schulischen Bildungsträger sowie der Träger der politischen Bildung.
- Der im November 2009 verabschiedete „Erneute Kooperationsrahmen für die jugendpolitische Zusammenarbeit in Europa 2010 – 2018“ (EU-Jugendstrategie) schafft die Basis für die Jugendpolitik in Europa bis 2018. In Deutschland stehen von 2010 bis 2013 die Themen „Partizipation“, „Non-formales Lernen“ und „Neue Lernfelder“ im Zentrum der Umsetzung der EU-Jugendstrategie.

Editorial

Die Lebenssituation Jugendlicher und Entwicklungen in der außerschulischen Jugendbildung haben bislang in der Familienberichterstattung auf Landesebene wenig Aufmerksamkeit erfahren und wurden von anderen familienpolitisch relevanten Themen wie der Vereinbarkeit oder dem Ausbau der Kinderbetreuungsangebote überlagert. Mit dieser Ausgabe des Reports Familien in Baden-Württemberg möchten wir daher Jugendliche und ihre Belange in den Mittelpunkt stellen und vorliegende Erkenntnisse zur Lebenssituation Jugendlicher, zur außerschulischen Jugendbildung und zu Mitwirkungsmöglichkeiten Jugendlicher auf kommunaler Ebene bündeln.

Das erste Kapitel umfasst ausgewählte Ergebnisse der Jugendforschung zu Lebenswelten Jugendlicher sowie zum Thema „Jugendliche und Familie“. Dabei wird deutlich, dass sich die Jugendphase in den letzten Jahrzehnten stark gewandelt hat. Mit den Chancen sind auch die Risiken dieser Lebensphase gestiegen. Familie und gute Freunde haben für Jugendliche eine ungebrochen hohe Bedeutung.

Die Kinder- und Jugendarbeit ist neben Familie und Schule ein wichtiges Sozialisationsfeld für Jugendliche. Sie schafft Räume, in denen es um Beteiligung, Mitwirkung und selbst gestaltete Bildungsprozesse geht, und leistet damit einen spezifischen und unverzichtbaren Beitrag zur Entwicklung von Kindern und Jugendlichen.¹ Prof. Dr. Rauschenbach und sein Team haben 2010 im Auftrag der baden-württembergischen Landesregierung eine Expertise zur „Lage und Zukunft der Kinder- und Jugendarbeit in Baden-Württemberg“ vorgelegt, die Grundlagen, Potenziale und Perspektiven der Kinder- und Jugendarbeit umfassend beschreibt. Diese stellt eine wichtige Basis für das zweite Kapitel dieses Reports dar, das ausgewählte Daten zur Kinder- und Jugendarbeit beinhaltet und aktuelle Entwicklungen auf Landesebene skizziert.² Darüber hinaus greift das Kapitel Empfehlungen für die Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendarbeit in Baden-Württemberg auf und gibt Hinweise darauf, welche Themenfelder dabei im Vordergrund stehen.

Jugendarbeit ist ihrem Selbstverständnis nach auch ein wichtiges Element der Bürgergesellschaft und erzieht zu demokratischer Partizipation und zur Übernahme von Verantwortung.³ Im dritten Kapitel dieses Reports widmen wir uns daher dem Thema Partizipation, konkret der Stärkung von Jugendbeteiligung auf kommunaler Ebene. Welche Mitwirkungsmöglichkeiten Jugendlicher gibt es? Wovon hängt es ab, ob sich Jugendliche vor Ort engagieren? Darüber hinaus bündelt das Kapitel Empfehlungen, Praxisbeispiele und Informationen über bestehende Unterstützungsangebote zum Thema Jugendpartizipation. Das vierte und letzte Kapitel nimmt schließlich die europäische Perspektive in den Blick und fasst in aller Kürze Informationen zur EU-Jugendstrategie zusammen.

1 Landesjugendring Baden-Württemberg e.V. (Hrsg.), 2012.

2 Angesichts des begrenzten Umfangs des Reports kann dies im Rahmen der Familienberichterstattung nur in groben Zügen geschehen. Landesweite Jugendberichte wurden für Baden-Württemberg 2000 und 2004 erstellt.

3 Landesjugendring Baden-Württemberg e.V. (Hrsg.), 2012.

1. Lebenswelten von Jugendlichen

Jugendliche heute – ausgewählte Ergebnisse der Jugendforschung

Die Lebensphase „Jugend“ hat sich in den letzten Jahrzehnten stark gewandelt. Experten sprechen von einem Prozess der zeitlichen Verdichtung und systematischen Entgrenzung der Jugendphase.⁴ Dies deutet bereits darauf hin, dass es heute nicht mehr ganz einfach ist, die Jugendphase altersmäßig abzugrenzen. Auf den ersten Blick erscheint es eindeutig, wer damit gemeint ist, wenn man von „Jugendlichen“ spricht: Jugendliche sind keine Kinder mehr und noch nicht erwachsen. Auf den zweiten Blick ist eine Definition jedoch mit einigen Schwierigkeiten behaftet. Als Beginn der Jugendphase gilt gemeinhin die Pubertät, in die Mädchen in Deutschland mit durchschnittlich 12 und Jungen mit durchschnittlich 13 Jahren kommen.⁵ Das Ende der Jugendphase ist wesentlich schwieriger zu bestimmen, da dieses mit dem Erreichen bestimmter Entwicklungsziele und der Aneignung vielfältiger Kompetenzen in zentralen Lebensbereichen einhergeht.⁶ Dazu gehören in Anlehnung an das Konzept der Entwicklungsaufgaben der Abschluss von Schule und Ausbildung, der Übertritt in die Berufstätigkeit, die Ablösung vom Elternhaus, der Aufbau von Kontakten und engen Freundschaften zu Gleichaltrigen, das Eingehen einer Partnerschaft sowie die Familiengründung. Darüber hinaus markiert der Erwerb von Kompetenzen im politisch-ethischen sowie im kulturell-konsumorientierten Bereich das Ende der Jugendphase.⁷ Die Jugendphase gilt dann als abgeschlossen, wenn in allen relevanten Handlungsfeldern ein „vollständiger oder zumindest weitreichender Grad an Autonomie und Eigenverantwortlichkeit des Handelns erreicht ist“.⁸ Das Konzept der Entwicklungsaufgaben, das diesem Verständnis zugrunde liegt, ist allerdings wegen der ihm zugrunde liegenden normativen Erwartungen und bürgerlichen Normalitätsvorstellungen in die Kritik geraten. Darüber hinaus sind Lebensläufe heute selten so gradlinig und Normalbiografien durch Modernisierungs- und Individualisierungsprozesse seltener geworden.⁹

Die Forschung sieht die Jugendphase heute als aktiven Konstruktionsprozess, in dem es für Jugendliche nicht nur darum geht, bestimmte Entwicklungsaufgaben zu bewältigen und gesellschaftliche Erwartungen zu erfüllen. Vielmehr stehen junge Menschen vor der Herausforderung, angesichts schwieriger werdender gesellschaftlicher Rahmenbedingungen und ungewisser Zukunftsperspektiven ihren eigenen Lebensentwurf zu entwickeln und eigene Ziele zu realisieren. Jugendliche haben heute deutlich größere Entfaltungsmöglichkeiten als früher, sie sind zum „Planungsbüro“ ihrer eigenen Biografie und Lebensführung geworden.¹⁰

4 Schröder, W., 2011.

5 Gille, M., 2012b, Hurrelmann, K. u.a., 1989.

6 Die Schwierigkeit, die Jugendphase altersmäßig einzugrenzen spiegelt sich auch in den unterschiedlichen Altersabgrenzungen aktueller Jugendstudien. So wurden beispielsweise für die 16. Shell-Jugendstudie 12- bis 25-Jährige befragt, für die SINUS-Jugendstudie U18 „Wie ticken Jugendlichen 2012?“ 12- bis 17-Jährige und für den Survey 2011 Baden-Württemberg Jugendliche zwischen 12 und 18 Jahren.

7 Gille, M., 2012b, Hurrelmann, K. u.a., 1989.

8 Hurrelmann, K. u.a., 1989, S. 15.

9 Gille, M., 2012b.

10 Gille, M., 2012b.

Mit den Chancen sind allerdings auch die Risiken gestiegen. Ergebnisse des DJI-Surveys AID:A (Aufwachsen in Deutschland Alltagswelten) zeigen im Vergleich mit früheren Ergebnissen des DJI-Jugendsurveys (1992 bis 2003), dass sich Jugendliche und junge Erwachsene in Deutschland zunehmend verunsichert fühlen (18- bis 29-Jährige). Dies betrifft insbesondere junge Menschen mit geringen Bildungsqualifikationen. Begründet wird die steigende Verunsicherung mit den schwieriger gewordenen Übergängen von der Schule in Ausbildung und Beruf und der Zunahme prekärer Beschäftigung.¹¹

Zu den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, die den Alltag und die Perspektiven Jugendlicher prägen, gehören die gewachsene Ungleichheit in der Einkommensverteilung und damit einhergehend die zunehmende Polarisierung des Wohlstands. Darüber hinaus sehen sich Jugendliche in Zeiten der Globalisierung einem zunehmenden Leistungs- und Bildungsdruck ausgesetzt. Zugleich hat die Arbeitsplatzunsicherheit zugenommen, die Zahl der Arbeitsplätze mit geringer Einkommenssicherheit und der atypischen Beschäftigungsverhältnisse sind gestiegen. Junge Menschen machen die Erfahrung, dass Lebensläufe und Erwerbsbiografien heute weniger planbar sind als früher und mehr Eigeninitiative gefordert wird. Die berufliche Unsicherheit macht auch die Familienplanung schwieriger. Darüber hinaus haben mediale Einflüsse zugenommen, ist der Alltag Jugendlicher von einer zunehmenden Digitalisierung geprägt. Außerdem haben sich die Lebenswelten von Jugendlichen und Erwachsenen angenähert, wodurch es für Jugendliche schwieriger geworden ist, sich von ihren Eltern abzugrenzen.¹²

Die 16. Shell-Jugendstudie (2010) beschreibt die Jugendlichen in Deutschland als „nach wie vor selbstbewusste Generation, die es gelernt hat, mit dem gesellschaftlichen Druck umzugehen, und die sich unter schwierigen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen behaupten kann.“¹³ Als kennzeichnend werden eine sehr pragmatische Umgangsweise mit den Herausforderungen in Alltag, Beruf und Gesellschaft und eine hohe Leistungsbereitschaft verbunden mit einem ausgeprägten Sinn für soziale Beziehungen im persönlichen Nahbereich beschrieben.

Wertorientierungen und Zukunftsperspektiven Jugendlicher

Betrachtet man die grundlegenden Wertorientierungen von Jugendlichen, fällt auf, dass die Bedeutung von persönlichen und verbindlichen sozialen Beziehungen für Jugendliche sehr hoch ist. Gute Freunde zu haben, die einen anerkennen, spielt für 97 % der Jugendlichen eine große Rolle, eine vertrauensvolle Partnerschaft halten 95 % der Jugendlichen für wichtig und ein gutes Familienleben zu führen 92 %.¹⁴ Die 16. Shell-Jugendstudie charakterisiert die junge Generation im Großen und Ganzen als optimistisch und sozial engagiert, die Wertorientierungen sind pragmatisch, aber nicht angepasst. Allerdings machen Ergebnisse der Studie auch deutlich, dass es Unterschiede zwischen den sozialen Milieus gibt, die sich in den vergangenen Jahren teilweise noch verstärkt haben: Jugendliche aus sozial schwachen Haushalten sind deutlich weniger zuversichtlich und mit ihrer Lebenssituation unzufriedener. Während 59 % aller Jugendlichen ihrer Zukunft zuversichtlich entgegenblicken (2006: 50 %), trifft dies nur für ein Drittel der Jugendlichen aus sozial benachteiligten Familien zu.

¹¹ Gille, M., 2012a.

¹² Calmbach, M. u.a. 2011, S. 13ff.

¹³ Shell Deutschland Holding (Hrsg.), 2010, S. 15.

¹⁴ Shell Deutschland Holding (Hrsg.), 2010, S. 195f.

Insgesamt 71 % der Jugendlichen sind überzeugt, dass sie ihre beruflichen Wünsche erfüllen können, von den Jugendlichen aus sozial schwierigen Verhältnissen sind es 41 %.¹⁵

Auch Ergebnisse der bundesweiten SINUS-Jugendstudie U18 „Wie ticken Jugendliche 2012?“ zeigen, dass Jugendliche auf die bestehenden Unsicherheiten (noch) nicht mit Protest und Pessimismus reagieren, sondern mit Bewältigungsoptimismus. Bei dieser Studie handelt es sich um eine qualitative Grundlagenstudie, die in Anlehnung an das Sinus-Milieumodell unterschiedliche Lebenswelten (Wertorientierungen, Lebensstile und ästhetische Präferenzen) von 14- bis 17-Jährigen in Deutschland differenziert beschreibt. Die Autorinnen und Autoren stellen eine gewachsene „Regrounding-Tendenz“ in der Gesellschaft fest, das Bedürfnis nach Halt, Zugehörigkeit und Vergewisserung ist gewachsen.¹⁶ Wie die Shell-Jugendstudie beschreibt auch diese Studie eine Zunahme pragmatischer Haltungen bei Jugendlichen. Jugendliche besinnen sich in unsicheren Zeiten auf „traditionelle Werte“ wie Sicherheit, Pflichtbewusstsein, Familie und Freundschaft, die allerdings – im Gegensatz zu früher – heute flankiert werden von hedonistischen, ichbezogenen Entfaltungswerten und einem individualistischen Leistungsethos. „Im Zuge dieser „pragmatischen Wende“ entwickeln sich neue Wertekonfigurationen, die nicht mehr der Logik eines „Entweder-oder“, sondern dem Anspruch auf das „Sowohl-als-auch“ verpflichtet sind.“¹⁷ Ergebnisse aus dem Deutschen Jugendinstitut verweisen auf dieselbe Tendenz. Werte wie Pflicht und Leistung gewinnen für Jugendliche angesichts ungewisser Zukunftsaussichten an Bedeutung, zugleich sind Selbstentfaltung und Genuss wichtige Lebensziele junger Menschen. Dennoch setzen sich Jugendliche diesen Ergebnissen zufolge auch kritisch mit sozialpolitischen Entwicklungen auseinander: Das politische Interesse und die Bereitschaft zu politischem Protest in Form von kurzfristigen Aktionen (zum Beispiel Demonstrationen oder Unterschriftensammlungen) sind gestiegen.¹⁸

Jugendliche und Familie

Jugendliche in Deutschland verfügen über eine hohe Familienorientierung. Mehr als drei Viertel der für die 16. Shell-Studie befragten Jugendlichen sind der Meinung, dass man eine Familie braucht, um wirklich glücklich leben zu können. Über 90 % der 12- bis 15-Jährigen geben an, ein gutes Verhältnis zu den eigenen Eltern zu haben, und nahezu drei Viertel der Jugendlichen würden ihre Kinder so erziehen, wie sie selbst erzogen wurden. 73 % der jungen Frauen und 65 % der jungen Männer wünschen sich später einmal selber Kinder. Für ältere Jugendliche (16- bis 29-Jährige) hat die Bedeutung einer eigenen Familie seit Anfang der 90er-Jahre zugenommen. Dies zeigt ein Vergleich der Ergebnisse des DJI-Jugendsurveys 1992 mit dem AID:A –Survey 2009. Dahinter wird ein wachsendes Bedürfnis nach Geborgenheit in verlässlichen sozialen Beziehungen vermutet, das eine von Konkurrenzdruck und Unsicherheit geprägte Arbeitswelt immer weniger befriedigen kann.¹⁹

¹⁵ Pressemitteilung vom 14. September 2010, http://www-static.shell.com/static/deu/downloads/youth_study_2010pressrelease140910.pdf.

¹⁶ Calmbach, M. u.a. 2011, S. 40ff.

¹⁷ Calmbach, M. u.a. 2011, S. 40.

¹⁸ Gille, M., 2012a.

¹⁹ Gille, M., 2012b.

Jugendliche in Baden-Württemberg

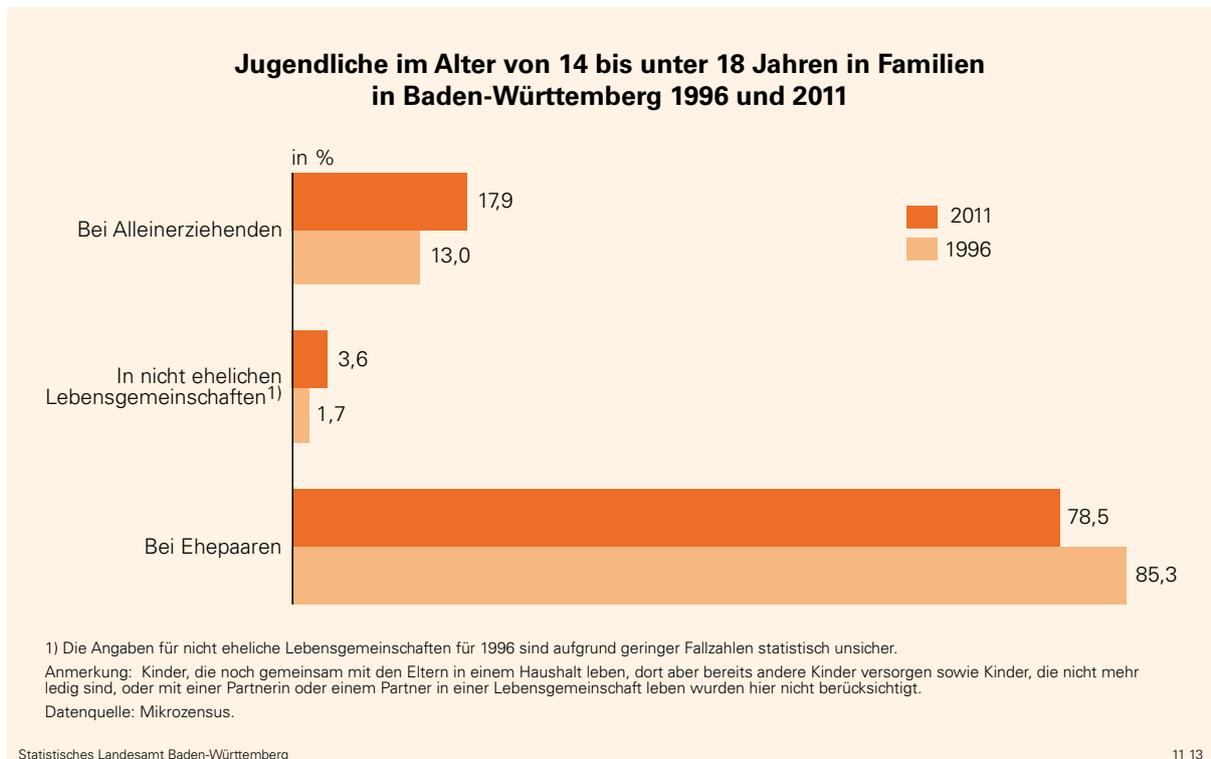
In Baden-Württemberg leben nach Auswertungen des Mikrozensus 2011 rund 480 000 Jugendliche im Alter von 14 bis unter 18 Jahren und 955 000 junge Menschen im Alter von 18 bis unter 25 Jahren. Von den 18- bis unter 25-Jährigen leben 68 % als lediges Kind bei den Eltern (Bundesgebiet: 63 %).²⁰ Dabei zeigen sich geschlechtsspezifische Unterschiede. Junge Männer zwischen 18 und unter 25 Jahren leben häufiger noch bei den Eltern (74 %) als junge Frauen (61 %). Der Anteil der jungen Menschen, die in diesem Alter (noch) zuhause wohnen, ist in

Rund zwei Drittel der 18- bis unter 25-Jährigen leben in Baden-Württemberg (noch) im elterlichen Haushalt.

Baden-Württemberg seit 1996 angestiegen. Damals lebten im Südwesten 64 % der 18- bis unter 25-Jährigen im elterlichen Haushalt.

Jüngere Jugendliche wohnen in aller Regel noch bei ihren Eltern. Rund 79 % der 14- bis unter 18-Jährigen, die noch im elterlichen Haushalt leben, wohnen bei Ehepaaren, 4 % in nicht ehelichen Lebensgemeinschaften und etwa 18 % bei einem alleinerziehenden Elternteil.²¹ Im Zeitvergleich ist der Anteil der Jugendlichen, die bei Ehepaaren leben, zurückgegangen und der von Jugendlichen bei Alleinerziehenden gestiegen.

Schaubild 1



²⁰ Kinder, die noch gemeinsam mit den Eltern in einem Haushalt leben, dort aber bereits andere Kinder versorgen, sowie Kinder, die nicht mehr ledig sind, oder mit einer Partnerin oder einem Partner in einer Lebensgemeinschaft leben, werden nicht der Herkunftsfamilie zugerechnet, sondern bilden eine eigene Lebensgemeinschaft.

²¹ Abweichungen zu 100 % aufgrund von Rundungen. Die Altersabgrenzung wurde in Anlehnung an Auswertungen des Statistischen Bundesamts vorgenommen, vgl. Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes vom 04. Februar 2010, https://www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressemitteilungen/2010/02/PD10_042_122.html.

Im Rahmen des **Survey Jugend 2011 Baden-Württemberg**, einer Erhebung durch die Jugendstiftung Baden-Württemberg und den Landesschülerbeirat (LSBR) in Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Kultus, Jugend und Sport wurden in Baden-Württemberg erstmals mehr als 2 400 Jugendliche zwischen 12 und 18 Jahren zu Themen wie Schule, Engagement, Freizeitgestaltung und Berufswünschen befragt.²² Derzeit läuft eine weitere Befragung von Jugendlichen an baden-württembergischen Schulen, mit deren Ergebnissen im Frühjahr 2013 zu rechnen ist. Der erste Jugend-Survey für Baden-Württemberg zeigt, dass auch in Baden-Württemberg Familie und Freunde für Jugendliche besonders wichtige Themen sind und bestätigt insofern die Befunde der 16. Shell-Jugendstudie. Für 88 %

38 % der Jugendlichen zwischen 12 und 18 Jahren sind in Baden-Württemberg ehrenamtlich engagiert.

der befragten baden-württembergischen Jugendlichen gehört die Familie zu den Top-5-Themen (Freunde 85 %).²³

Baden-württembergische Jugendliche sind auch bereit, sich zu engagieren und Verantwortung zu übernehmen: 38 %

der Befragten sind in ihrer Freizeit ehrenamtlich tätig. Dieser Wert entspricht in etwa den Ergebnissen des dritten Freiwilligensurveys des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Danach waren 2009 im Bundesgebiet 36 % der 14- bis 19-Jährigen freiwillig engagiert.²⁴ In Baden-Württemberg sind deutlich mehr Mädchen (43 %) als Jungen (34 %) engagiert. Darüber hinaus wirken sich sowohl der familiäre Hintergrund als auch der Bildungshintergrund aus. Von den Jugendlichen, bei denen beide Eltern nicht in Deutschland geboren wurden, sind 30 % ehrenamtlich tätig, bei allen anderen sind es 42 %. Während 44 % der Gymnasiastinnen und Gymnasiasten engagiert sind, sind es von den Hauptschülerinnen und Hauptschülern 36 %. Jugendliche engagieren sich, weil es ihnen Spaß macht (74 %), weil sie für andere Menschen da sein wollen (47 %) und weil sie dadurch etwas lernen wollen (46 %). Zu den wichtigsten Feldern des Engagements baden-württembergischer Jugendlicher gehören der Sport, die Kinder- und Jugendarbeit, die Schule und der kirchliche bzw. religiöse Bereich.²⁵

2. Entwicklungen in der Jugendarbeit und der außerschulischen Jugendbildung in Baden-Württemberg

Strukturen der Jugendarbeit und der außerschulischen Jugendbildung in Baden-Württemberg

Die Jugendarbeitslandschaft in Baden-Württemberg ist durch eine große Angebots- und Trägervielfalt geprägt. Eine Übersicht über die wichtigsten Gremien, Organisationen und Strukturen der Jugendarbeit in Baden-Württemberg wurde von den Arbeitsgemeinschaften der Kreis- und Stadtjugendreferentinnen und -referenten erstellt.

²² Zudem wurden durch die Jugendstiftung zwölf standardisierte Interviews mit Jugendlichen durchgeführt. Ergänzt wird die Studie von einer Stellungnahme des Landesschülerbeirats Baden-Württemberg, der aus den Daten elf Empfehlungen ableitet, und vier wissenschaftlichen Kommentierungen, Jugendstiftung Baden-Württemberg, Landesschülerbeirat Baden-Württemberg (Hrsg.), 2011. Weitere Informationen unter http://jugendstiftung.de/index.php?id=86&tx_commerce_pi1%5BshowUid%5D=51&tx_commerce_pi1%5BcatUid%5D=31&cHash=50cdeb60e9.

²³ Jugendstiftung Baden-Württemberg, Landesschülerbeirat Baden-Württemberg (Hrsg.), 2011, S. 52.

²⁴ Jugendstiftung Baden-Württemberg, Landesschülerbeirat Baden-Württemberg (Hrsg.), 2011, S. 82.

²⁵ Jugendstiftung Baden-Württemberg, Landesschülerbeirat Baden-Württemberg (Hrsg.), 2011, S. 47ff.

renten im Landkreistag sowie im Städte- und Gemeindetag 2007 erstellt.²⁶ Diese Strukturskizze verdeutlicht die Komplexität der Arbeitsfelder und Trägergruppen der Kinder- und Jugendarbeit und die vielfältigen Verbindungen zwischen den Akteuren, die eine vollständige und angemessene Darstellung der Jugendarbeitslandschaft in Baden-Württemberg schwierig macht.²⁷

Maßnahmen der Jugendarbeit werden von örtlichen und überörtlichen Trägern der öffentlichen Jugendhilfe (das heißt von Ländern, kreisfreien Städten, Kreisen und Gemeinden) sowie von Trägern der freien Jugendhilfe durchgeführt. Zu letzteren gehören Jugendgruppen, Jugendverbände, Jugendringe, freie Wohlfahrtsverbände, Kirchen und sonstige Religionsgemeinschaften des öffentlichen Rechts.²⁸ Zu den wichtigsten Organisationen der Jugendarbeit bzw. Zusammenschlüssen der freien Träger in Baden-Württemberg gehören:²⁹

- Arbeitsgemeinschaft der Landjugendverbände in Baden-Württemberg (AGL)
- Baden-Württembergische Sportjugend im Landessportverband Baden-Württemberg e.V. (BWSJ)
- Landesarbeitsgemeinschaft Offene Jugendbildung Baden-Württemberg (LAGO)
- Landesjugendring Baden-Württemberg e.V. (LJR BW)
- Landesvereinigung Kulturelle Jugendbildung Baden-Württemberg e.V. (LKJ)

Diese Organisationen vertreten ihrerseits eine große Anzahl von Dachorganisationen und Arbeitsgemeinschaften der Kinder- und Jugendarbeit. Außerdem gibt es eine Reihe weiterer Landesarbeitsgemeinschaften, zu denen unter anderem die Aktion Jugendschutz Baden-Württemberg e.V., die LAG Mädchenpolitik, die LAG Jugendsozialarbeit, die LAG Mobile Jugendarbeit/Streetwork und die LAG Jungenarbeit gehören.

Auch aus dem Bereich der öffentlichen Jugendhilfe gibt es Zusammenschlüsse und Gremien, die auf Landesebene eine entscheidende Rolle spielen. Dazu gehören der Landkreistag, der Städte- und Gemeindetag, der Landesjugendhilfeausschuss, das Landesjugendamt, der Beirat für soziale Jugendhilfe und das Landeskuratorium für außerschulische Jugendbildung (LKAJB).³⁰ Letztere beraten die Landesregierung in Fragen der Jugendhilfe und der außerschulischen Jugendbildung. Ihnen gehören beispielsweise Vertreter der Jugendverbände und weiterer wichtiger Jugendorganisationen, des Landesjugendamts, der musikalischen Bildung und der Kommunalen Landesverbände sowie in der außerschulischen Jugendbildung erfahrene Persönlichkeiten an.

²⁶ Arbeitsgemeinschaft der Kreisjugendreferentinnen und Kreisjugendreferenten in Baden-Württemberg im Landkreistag, Arbeitsgemeinschaft der Stadtjugendreferentinnen und Stadtjugendreferenten in Baden-Württemberg im Städte und Gemeindetag (Hrsg.), 2007, weitere Informationen unter <http://kommja.jimdo.com/angebote/arbeitshilfen/>.

²⁷ Rauschenbach, T. u.a., 2010, S. 46ff.

²⁸ Darüber hinaus können auch sonstige juristische Personen sowie andere Vereinigungen, sofern sie Aufgaben der Kinder- und Jugendhilfe erfüllen, Maßnahmen der Jugendarbeit durchführen. Vergl. Statistisches Bundesamt (Hrsg.), 2008.

²⁹ Landesinstitut für Schulentwicklung, Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (Hrsg.), 2011, S. 337f.

³⁰ Rauschenbach, T. u.a., 2010, S. 49.

Zu den Grundprinzipien der Jugendarbeit zählen nach dem Kinder- und Jugendhilfegesetz für Baden-Württemberg unter anderem Freiwilligkeit, Selbstorganisation, Ganzheitlichkeit, Wertorientierung und ehrenamtliches Engagement.³¹ Kinder- und Jugendarbeit initiiert Bildungs- und Lernprozesse für junge Menschen und leistet damit neben Schule und Familie einen unverzichtbaren Beitrag zur Entwicklung und Bildung von Kindern und Jugendlichen. Ihrem Selbstverständnis nach erzieht Kinder- und Jugendarbeit zu demokratischer Partizipation und Übernahme von Verantwortung, schafft Freiräume für selbstbestimmtes und selbstorganisiertes Lernen und ermöglicht experimentelles Lernen, durch das sich Kinder und Jugendliche im Scheitern und Erfolg ein angemessenes Sozialverhalten aneignen.³² Im weiteren Sinn findet in der Kinder- und Jugendarbeit daher immer auch außerschulische Jugendbildung statt.

Im engeren Sinn ist die außerschulische Jugendbildung nach dem Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG) ein Leistungsangebot der Jugendhilfe. Als solches ist sie ein zentraler und umfassender Teil der Jugendarbeit und dort als pädagogisch selbstständiger Bereich verortet.³³ Zu ihren Arbeitsfeldern gehören die allgemeine, politische, soziale, gesundheitliche, kulturelle, naturkundliche und technische Bildung.³⁴ In Baden-Württemberg sind ihr Stellenwert und ihre Aufgaben im Gesetz zur Förderung der außerschulischen Jugendbildung (Jugendbildungsgesetz) geregelt.

Demnach ist die außerschulische Jugendbildung ein eigenständiger und gleichberechtigter Teil des gesamten Bildungswesens und wendet sich in der Regel an junge Menschen bis zum 27. Lebensjahr. Sie wird von den Interessen und Bedürfnissen junger Menschen bestimmt und beruht vor allem auf ehrenamtlicher Tätigkeit. Die außerschulische Jugendbildung soll junge Menschen mit jugendgemäßen Mitteln zur Selbstverwirklichung, zur Verantwortlichkeit und zur aktiven Mitgestaltung der Gesellschaft sowie zur Wahrnehmung der staatsbürgerlichen Pflichten im Rahmen der freiheitlich-demokratischen Grundordnung befähigen.³⁵

Größtenteils wird die Kinder- und Jugendarbeit von den Gemeinden finanziert.³⁶ Der Landesjugendplan (LJP) beschreibt die Leistungen des Landes im Bereich der Jugendbildung und der Jugendhilfe und belegt sie zahlenmäßig. Für das Haushaltsjahr 2013 sieht er ein Gesamtvolumen von rund 111,3 Mill. Euro vor. Zu den Förderschwerpunkten im Bereich außerschulische Jugendbildung gehören Bildungsreferentinnen und -referenten, Jugendbildungsakademien, die Akademie der Jugendarbeit Baden-Württemberg e.V., Jugendbildungsmaßnahmen, Projekte im Bereich der Kooperation von Jugendarbeit und Schule und Projekte im Rahmen der Integrationsoffensive.³⁷ Darüber hinaus werden durch das Land auch einzelne Programme und Projekte gefördert wie beispielsweise das Jugendnetz Baden-Württemberg oder das Jugendbegleiter-Programm. Das Jugendnetz Baden-Württemberg ist ein gemeinschaftliches Angebot der großen landesweiten Organisationen der Jugendarbeit in Baden-Württemberg und wird vom Sozialministerium gefördert.

31 Kinder- und Jugendhilfegesetz für Baden-Württemberg (LKJHG) in der Fassung vom 14. April 2005, §14 Abs.3.

32 Landesjugendring Baden-Württemberg e.V. (Hrsg.), 2012.

33 Weitere Informationen zu rechtlichen Grundlagen und Strukturen der außerschulischen Jugendbildung finden sich im zweiten Bildungsbericht für Baden-Württemberg, Landesinstitut für Schulentwicklung, Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (Hrsg.), 2011.

34 Sozialgesetzbuch (SGB) Achtes Buch (VIII) – Kinder und Jugendhilfe, §11 Abs. 3.

35 Gesetz zur Förderung der außerschulischen Jugendbildung (Jugendbildungsgesetz) in der Fassung vom 8. Juli 1996, §1, <http://www.landesrecht-bw.de/jportal/?quelle=jlink&docid=jlr-JBiGBW1996p1&psml=bsbawueprod.psml&max=true>.

36 Zu den Finanzierungsgrundlagen der Kinder- und Jugendarbeit siehe Rauschenbach, T. u.a., 2010, S. 51ff.

37 45. Landesjugendplan für das Haushaltsjahr 2013/2014, http://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP15/Drucksachen/2000/15_2564_D.pdf.

Für den Betrieb und die Koordinierung des Portals ist die Jugendstiftung Baden-Württemberg zuständig.³⁸ Das Jugendbegleiter-Programm, das die Jugendstiftung Baden-Württemberg im Auftrag des Kultusministeriums koordiniert, öffnet Schulen für das außerschulische Umfeld und ergänzt die Ganztagsbetreuung an Schulen.³⁹ Im Jahr 2009 wurde zudem erstmals der landesweite „DeinDing – Jugendbildungspreis Baden-Württemberg“ verliehen, durch den das Engagement Jugendlicher sowie Ehren- und Hauptamtlicher in der außerschulischen Jugendbildung gewürdigt werden.⁴⁰

Kinder- und Jugendarbeit im Spiegel der amtlichen Statistik

Die Kinder- und Jugendhilfestatistik bietet eine wichtige Datengrundlage, um Entwicklungen in der Kinder- und Jugendarbeit abbilden zu können. In verschiedenen Teilen der Kinder- und Jugendhilfestatistik werden in regelmäßigen Abständen Angaben zu öffentlich geförderten Maßnahmen, zu Einrichtungen und Personalausstattung der Kinder- und Jugendarbeit sowie zu den Ausgaben und Einnahmen der öffentlichen Gebietskörperschaften (das heißt zur Finanzierung der Infrastruktur der Kinder- und Jugendarbeit durch Bund, Länder und Kommunen) erfasst.⁴¹ Durch das Erhebungsprogramm wird die Kinder- und Jugendarbeit jedoch nur ausschnitthaft abgebildet.⁴² In der Fachwelt wird daher schon seit längerer Zeit eine Anpassung des Erhebungsinstruments diskutiert und zwar sowohl im Hinblick auf die als verbesserungswürdig eingeschätzte Datenqualität als auch auf bislang nicht erfasste Bestandteile der Kinder- und Jugendarbeit.⁴³ Dazu gehören beispielsweise das ehrenamtliche Engagement, das in der Jugendverbandsarbeit eine große Rolle spielt, die Ausgestaltung der geförderten Maßnahmen, die Erfassung von Gruppenarbeit jenseits der öffentlichen Förderung sowie ihrer Teilnehmenden oder nähere Angaben zu den Teilnehmenden selbst (zum Beispiel Alter oder Migrationshintergrund).

Am 6. Februar 2013 hat das Bundeskabinett einen Gesetzentwurf zur Verwaltungsvereinfachung in der Kinder- und Jugendhilfe beschlossen, der unter anderem auf eine Verbesserung der Datenlage in der Kinder- und Jugendhilfe abzielt.⁴⁴ Die Neukonzeption der statistischen Erhebungen zur Kinder- und Jugendarbeit sieht sowohl eine Erweiterung und Veränderung der Erhebungsmerkmale als auch eine Verkürzung der Periodizität vor. In der Teilstatistik zu den Maßnahmen und Teilnehmenden der Jugendarbeit sollen zukünftig unter anderem auch Fortbildungsmaßnahmen für ehrenamtliche Mitarbeiter anerkannter Träger der Jugendhilfe berücksichtigt werden. Zu den geplanten Erhebungsmerkmalen gehören offene und Gruppenangebote sowie Veranstaltungen und Projekte der Jugendarbeit. Unter anderem sollen in Zukunft auch die Zahl, das Geschlecht und das Alter der Teilnehmenden sowie der Besucherinnen und Besucher erfasst werden.

38 Der Landesjugendring, die Landesvereinigung kulturelle Jugendbildung und die Jugendstiftung verantworten jeweils Teilbereiche des Jugendnetzes. Weitere Informationen unter <http://www.jugendnetz.de>.

39 Weitere Informationen unter <http://www.jugendbegleiter.de>. Die sechste Evaluation von Schulen im Jugendbegleiter-Programm 2011/2012 findet sich unter <http://www.jugendbegleiter.jugendnetz.de/fileadmin/bilder/Evaluation.pdf>.

40 Weitere Informationen unter <http://www.deinding-bw.de>.

41 Weitere Informationen hierzu finden sich im Anhang „Datenquellen“.

42 Rauschenbach, T. u.a., 2010, Miehle-Fregin, W., 2012.

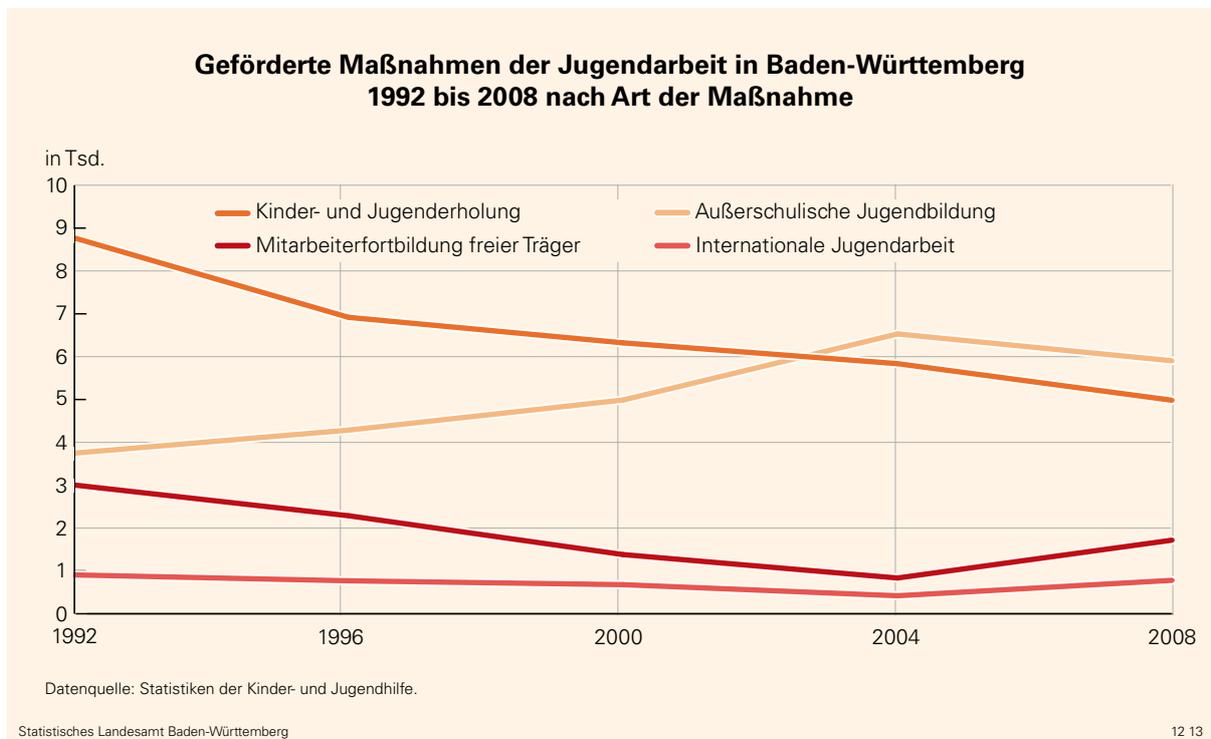
43 Rauschenbach, T. u.a., 2010, S. 23ff.

44 Pressemitteilung des Bundesministeriums für Familie, Frauen, Senioren und Jugend vom 6. Februar 2013, <http://www.bmfsfj.de/BMFSFJ/kinder-und-jugend,did=195916.html>.

Entwicklung der Maßnahmen und Teilnehmenden der Jugendarbeit in Baden-Württemberg

Die Gesamtzahl und die Entwicklung aller Maßnahmen der Jugendarbeit lassen sich wegen ihrer Vielfalt statistisch nicht erfassen. Das bezieht sich insbesondere auf die Aktivitäten zahlreicher kleiner örtlicher Gruppen, soweit deren Angebote nicht öffentlich gefördert werden. Die Teilstatistik zu den Maßnahmen der Jugendarbeit beschränkt sich auf öffentlich geförderte Maßnahmen in den Bereichen der Kinder- und Jugenderholung, der außerschulischen Jugendbildung, der internationalen Jugendarbeit und auf Mitarbeiterfortbildungen freier Träger.⁴⁵ Diese wurden bisher in 4-jährigem Turnus erfasst. Da das Erhebungsinstrument derzeit weiterentwickelt wird, wurde die Statistik für 2012 ausgesetzt.

Schaubild 2

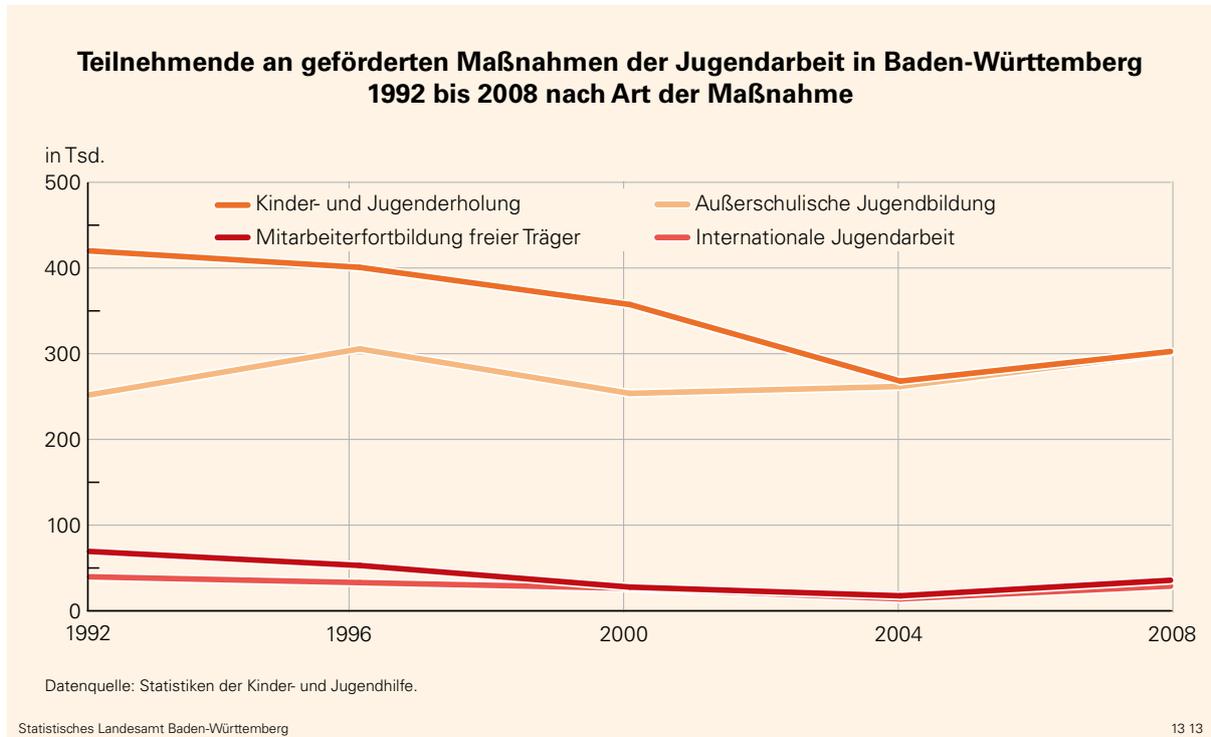


2008 wurden in Baden-Württemberg insgesamt 13 199 Maßnahmen der Jugendarbeit mit öffentlichen Mitteln gefördert und durchgeführt (darunter 5 841 Maßnahmen der außerschulischen Jugendbildung).⁴⁶ Die Gesamtzahl der Maßnahmen hat sich nach einer Abnahme in den 1990er-Jahren auf einem relativ konstanten Niveau eingependelt. 2008 entfiel der größte Anteil öffentlich geförderter Maßnahmen der Jugendarbeit auf die außerschulische Jugendbildung (44 %) vor den Maßnahmen der Kinder- und Jugenderholung (37 %), der Mitarbeiterfortbildung freier Träger (13 %) und der internationalen Jugendarbeit (6 %).

⁴⁵ Weitere begriffliche und methodische Erläuterungen siehe Statistisches Bundesamt (Hrsg.), 2008.

⁴⁶ Zu den Maßnahmen der außerschulischen Jugendbildung gehören insbesondere Maßnahmen zur allgemeinen, politischen, arbeitsweltbezogenen, musischen, kulturellen, sozialen und sportlichen Bildung. Aufenthalte in Schullandheimen gelten als Maßnahmen der außerschulischen Jugendbildungsarbeit, sofern sie nicht von Schulklassen zu Zwecken durchgeführt werden, die überwiegend oder ausschließlich dem schulischen Bereich zuzuordnen sind. Nicht einbezogen werden freiwillige soziale Dienste, reine Sportmaßnahmen (zum Beispiel Leistungssport) und Maßnahmen der Musikschulen.

Schaubild 3



Die Teilnehmendenzahlen an den verschiedenen Maßnahmen der Kinder- und Jugendarbeit sind bis 2004 gesunken und stiegen 2008 wieder auf das Niveau des Jahres 2000. Dabei liegt die Kinder- und Jugendberholung über die Jahre hinweg an erster Stelle, gefolgt von der außerschulischen Jugendbildung.⁴⁷ 2008 nahmen in Baden-Württemberg insgesamt 670 773 Jugendliche an öffentlich geförderten Maßnahmen teil (darunter 303 961 Jugendliche an Maßnahmen der Kinder- und Jugendberholung und 302 834 Jugendliche an Maßnahmen der außerschulischen Jugendbildung).

Eckdaten zur Kinder- und Jugendarbeit in Baden-Württemberg

Die folgende Tabelle umfasst wichtige Eckdaten zur Kinder- und Jugendarbeit in Baden-Württemberg.⁴⁸ Über die Entwicklung der öffentlich geförderten Maßnahmen und der daran Teilnehmenden hinaus bietet sie einen Überblick zu den Einrichtungen und zum Personal in Einrichtungen und Handlungsfeldern der Kinder- und Jugendarbeit.

Von den rund 1 900 Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit in Baden-Württemberg waren 2010 knapp 58 % Einrichtungen in freier Trägerschaft. Die zahlenmäßige Personalausstattung in den Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit hat sich im Vergleich zu 2006 etwas verbessert. Damals kamen auf 10 000 der 12- bis 21-Jährigen 39 in Einrichtungen tätige Personen, 2010 waren es 43.⁴⁹

47 Weitere Informationen unter http://www.statistik-bw.de/GesundhSozRecht/Landesdaten/Jugendhilfe/KJH_11.asp.

48 Die ausgewählten Indikatoren lehnen sich an die von Rauschenbach u.a. vorgelegte Tabelle an und stellen eine Fortschreibung dieser Ergebnisse dar, Rauschenbach, T. u. a. 2010, S. 85.

49 Hierbei sind ehrenamtlich Tätige nicht berücksichtigt.

Tabelle 1
Ausgewählte Eckdaten zur Kinder- und Jugendarbeit in Baden-Württemberg seit 2004

Merkmal	Einheit	2004	2006	2008	2010
Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit	Anzahl	–	1 571	–	1 890
davon in freier Trägerschaft	%	–	58,8	–	57,5
auf 100 000 der 12- bis 21-Jährigen	Anzahl	–	127	–	155
Tätige Personen in Einrichtungen	Anzahl	–	4 852	–	5 232
auf 10 000 der 12- bis 21-Jährigen	Anzahl	–	39	–	43
Personal in Handlungsfeldern der Kinder- und Jugendarbeit	Anzahl	–	3 767	–	4 090
auf 10 000 der 12- bis 21-Jährigen	Anzahl	–	30	–	34
Öffentlich geförderte Maßnahmen	Anzahl	13 402	–	13 166	–
auf 10 000 der 12- bis 21-Jährigen	Anzahl	108	–	107	–
Teilnehmende an öffentlich geförderten Maßnahmen	Anzahl	562 936	–	670 773	–
auf 100 der 12- bis 21-Jährigen	Anzahl	45	–	54	–

Anmerkung: Zu den Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit werden gezählt: Kur-, Genesungs- und Erholungseinrichtungen für junge Menschen, Jugendherbergen und Jugendgästehäuser, Jugendtagungs- und Jugendbildungsstätten, Jugendzentren und -freizeitheime, Jugendräume/Jugendheime ohne hauptamtliches Personal, Einrichtungen oder Initiativen der Mobilen Jugendarbeit, Jugendkunstschulen u.Ä., Einrichtungen der Stadtranderholung, pädagogisch betreute Spielplätze, Kinder- und Jugendferienstätten, Kinder- und Jugenderholungsstätten, Jugendzeltplätze und Jugendberatungsstellen. Als Handlungsfelder der Kinder- und Jugendarbeit werden erfasst: Kulturelle Jugendbildungsarbeit, außerschulische Jugendbildungsarbeit, Kinder- und Jugenderholung, Internationale Jugendarbeit, Offene Jugendarbeit und Jugendpflege, Jugendverbandsarbeit, Mobile Jugendarbeit und Jugendberatung. Zu den öffentlich geförderten Maßnahmen zählen: Kinder- und Jugenderholungen, außerschulische Jugendbildung, Maßnahmen der Internationalen Jugendarbeit und Mitarbeiterfortbildungen bei freien Trägern.

Datenquelle: Rauschenbach, T. u.a. (2010), S. 85, Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe, Bevölkerungsstatistik der jeweiligen Jahrgänge, eigene Berechnungen.

Ein Blick auf die einzelnen Handlungsfelder der Kinder- und Jugendarbeit zeigt ein ähnliches Bild. Die Anzahl der öffentlich geförderten Maßnahmen blieb, bezogen auf Anzahl der 12- bis 21-Jährigen, zwischen 2004 und 2008 relativ konstant, wohingegen die Anzahl der Teilnehmenden zugenommen hat. 2004 kamen auf 100 Jugendliche zwischen 12 und 21 Jahren 45 Teilnehmende an öffentlich geförderten Maßnahmen der Kinder- und Jugendarbeit, 2008 waren es 54.

Mit diesen Eckdaten korrespondiert auch die Entwicklung der öffentlichen Ausgaben für die Jugendarbeit in Baden-Württemberg (Tabelle 2). Diese sind in den vergangenen Jahren angestiegen und beliefen sich 2011 auf rund 169,9 Mill. Euro. Pro Kopf der 12- bis 21-Jährigen wurden für die Jugendarbeit in Baden-Württemberg 2011 etwa 141 Euro ausgegeben (2007: 127 Euro).

Bei der Ausstattung der Kinder- und Jugendarbeit zeigen sich innerhalb Baden-Württembergs erhebliche regionale Unterschiede. In den Landkreisen sind sowohl die Anzahl der Einrichtungen und die Personalausstattung als auch die finanziellen Aufwendungen in der Regel geringer als in den Stadtkreisen. Prof. Dr. Rauschenbach und sein Team kamen in ihrem Gutachten zur „Lage und Zukunft der Kinder- und Jugendarbeit in Baden-Württemberg“ (2010) zu dem Ergebnis, dass die kreisfreien Städte in Baden-Württemberg 2007 durchschnittlich rund 271 Euro pro Kopf der 12- bis 21-Jährigen für die Kinder- und Jugendarbeit ausgaben, in den Landkreisen waren es 81 Euro.⁵⁰

Neben der amtlichen Kinder- und Jugendhilfestatistik gibt es eine Reihe von weiteren Daten- und Informationsquellen zur Kinder- und Jugendarbeit.⁵¹ So stellt der Kommunalverband für Jugend und Soziales (KVJS) im Rahmen seiner bisherigen

⁵⁰ Rauschenbach, T. u.a., 2010, S. 113f.

⁵¹ Beispiele für Daten außerhalb der amtlichen Jugendhilfestatistik für Baden-Württemberg finden sich bei Miehl-Fregin, W., 2012.

Tabelle 2
Entwicklung der öffentlichen Ausgaben für Jugendarbeit in Baden-Württemberg und Deutschland seit 2007

Jahr	Baden-Württemberg		Deutschland	
	öffentliche Ausgaben für Jugendarbeit	pro Kopf der 12- bis 21-Jährigen	öffentliche Ausgaben für Jugendarbeit	pro Kopf der 12- bis 21-Jährigen
	1 000 EUR	EUR	1 000 EUR	EUR
2007	157 442	127	1 451 260	161
2008	164 176	133	1 544 488	175
2009	162 505	132	1 559 525	179
2010	167 687	138	1 565 078	184
2011	169 889	141	1 627 105	187

Anmerkung: Bruttoausgaben der Träger der öffentlichen Jugendhilfe. Die öffentlichen Ausgaben für die Jugendarbeit werden unterteilt in Einzel- und Gruppenhilfen und Einrichtungen. Die Ausgabenanstiege bei Einzel- und Gruppenhilfen seit 2007 beruhen zumindest zum Teil auf einer veränderten Buchungspraxis bei Personalausgaben, die mit dem Umstieg auf das neue Rechnungswesen (Doppik) im Zuge der Reform des Gemeindehaushaltsrechts zusammenhängt. Darüber hinaus wurde die Statistik der Ausgaben und Einnahmen der Träger der öffentlichen Kinder- und Jugendhilfe zum Berichtsjahr 2009 neu konzipiert.

Datenquelle: Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe, Bevölkerungsstatistik der jeweiligen Jahrgänge, eigene Berechnungen.

Berichterstattung seit 2008 Daten zu den personellen Ressourcen in der Jugendarbeit und der Jugendsozialarbeit in Baden-Württemberg zur Verfügung. Diese Daten werden vom KVJS selbst bei den Jugendämtern erhoben. Der Bericht zu Entwicklungen und Rahmenbedingungen der Inanspruchnahme erzieherischer Hilfen in Baden-Württemberg (2008) greift diese Daten auf und interpretiert sie im Zusammenhang des allgemeinen Leistungsspektrums für junge Menschen. Ein zweiter landesweiter Bericht Hilfen zur Erziehung soll Mitte 2013 erscheinen. Darüber hinaus plant der KVJS den Aufbau einer überörtlichen Berichterstattung Kinder- und Jugendarbeit.⁵²

Ergebnisse der allgemeinen Jugendforschung bzw. der Surveyforschung lassen ebenfalls, wenn auch in Grenzen, Rückschlüsse auf die Inanspruchnahme von Angeboten der Kinder- und Jugendarbeit oder zum ehrenamtlichen Engagement Jugendlicher zu (zum Beispiel Shellstudien, DJI-Survey „Aufwachsen in Deutschland: Alltagswelten“ (AID:A), Sozio-Oekonomisches Panel (SOEP), Freiwilligensurvey des BMFSFJ). Zudem liegen eine Vielzahl von empirischen Studien aus der Jugendarbeitsforschung zu den Bereichen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit, des Sports, der Landjugendarbeit und der verbandlichen Kinder- und Jugendarbeit vor.⁵³ In Baden-Württemberg zeigen sich Forschungsschwerpunkte in der kirchlichen Kinder- und Jugendarbeit sowie in der Offenen Jugendarbeit.⁵⁴ Ein Beispiel hierfür ist die Erhebung des Evangelischen Jugendwerks (EJW) in Württemberg „Evangelische Jugendarbeit in Zahlen“, an der sich 2007 insgesamt 39 Bezirksjugendwerke in Württemberg mit 876 Kirchengemeinden beteiligten. Eine neue Erhebung ab Sommer 2013 ist in Planung.⁵⁵ Im Bereich der Mobilen Jugendarbeit wurde im Rahmen des Förderprogramms „Mobile Jugendarbeit in Problemgebieten“ mit Unterstützung des Ministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren Baden-Württemberg eine landesweite Erhebung durchgeführt, deren Ergebnisse Aufschluss über die Reichweite und Effekte der Mobilen Jugendarbeit in Baden-Württemberg geben. Erhoben wurden Daten von Einrich-

52 Weitere Informationen unter <http://www.kvjs.de/jugend/jugendhilfeplanung.html>.

53 Ein Überblick über den Stand der Forschung findet sich bei Rauschenbach, T. u. a., 2010, S. 26ff.

54 Rauschenbach, T. u. a., 2010, S. 35.

55 Frieß, B., Ilg, W., 2008. Weitere Informationen zur geplanten Erhebung unter <http://www.ejwue.de/ueber-uns/zahlen-fakten/>.

tungen, die 2011 durch das Land gefördert wurden.⁵⁶ Darüber hinaus beschreibt der Bericht „Was leistet Mobile Jugendarbeit“ (2011) die Lebenslagen der Zielgruppen sowie Auftrag, Ziele, Arbeitsweisen, Leistungen und Rahmenbedingungen Mobiler Jugendarbeit in Baden-Württemberg.⁵⁷

Perspektiven und Empfehlungen für die Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendarbeit in Baden-Württemberg

Der demografische Wandel und die damit einhergehenden Veränderungen in der Altersstruktur der Bevölkerung stellen die Kinder- und Jugendarbeit vor vielfältige Herausforderungen. Die Anzahl der Jugendlichen und damit auch ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung werden bis 2030 voraussichtlich deutlich abnehmen. 2008 lag der Anteil der 15- bis unter 20-Jährigen in Baden-Württemberg bei 5,8 % (625 158 Jugendliche), im Jahr 2030 dürfte er bei rund 4,5 % (470 853 Jugendliche) liegen.⁵⁸

Tabelle 3

Bevölkerung insgesamt und Jugendliche*) in Baden-Württemberg 2008 und voraussichtliche Entwicklung bis 2030

Jahr	Bevölkerung				
	insgesamt	Altersgruppe (von ... bis ... unter Jahren)			
		15 – 20-Jährige		20 – 25-Jährige	
		Anzahl	%	Anzahl	%
2008	10 749 506	625 158	5,8	643 346	6,0
2010	10 744 789	603 207	5,6	657 911	6,1
2015	10 701 096	576 364	5,4	633 543	5,9
2020	10 625 379	511 467	4,8	609 931	5,7
2025	10 514 459	483 584	4,6	554 142	5,3
2030	10 373 552	470 853	4,5	527 112	5,1

*) Im Alter von 15 bis unter 25 Jahren.

Anmerkung: Ausgangspunkt für die Bevölkerungsvorausrechnung ist der Bevölkerungsstand zum 31.12.2008.

Datenquelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg.

Meilensteine in der Auseinandersetzung mit dem demografischen Wandel und seinen Konsequenzen für die Kinder- und Jugendarbeit und für die fachliche Debatte über die Zukunft der Kinder- und Jugendarbeit waren der vom KVJS herausgegebene Bericht „Kinder- und Jugendhilfe im demografischen Wandel“ (2010) und das von Prof. Dr. Rauschenbach und seinem Team erstellte Gutachten „Lage und Zukunft der Kinder- und Jugendarbeit in Baden-Württemberg“ (2010).⁵⁹

56 Weitere Informationen unter <http://lag-mobil.de/on/index.php?page=mja-in-zahlen-2>.

57 Landesarbeitsgemeinschaft Mobile Jugendarbeit/Streetwork Baden-Württemberg e.V., Landesarbeitsgemeinschaft Jugendsozialarbeit Baden-Württemberg, Kommunalverband für Jugend und Soziales Baden-Württemberg (Hrsg.), 2011.

58 Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Landesamtes nach Altersgruppen (19 Altersgruppen – mit Wanderung). Informationen zur Methode der Vorausberechnung unter <http://www.statistik-bw.de/BevoelkGebiet/BevProg/Methode.asp>.

59 Rauschenbach, T. u. a., 2010.

Der Bericht des KVJS beinhaltet eine Fülle von Daten zu den voraussichtlichen Veränderungen im Altersaufbau der Bevölkerung Baden-Württembergs und geht der Frage nach, wie sich die Tatsache, dass die Anzahl der Kinder und Jugendlichen in einer alternden Gesellschaft zurückgeht, auf die Arbeitsfelder der Kinder- und Jugendhilfe auswirkt. Dabei wird der Zeitraum zwischen 2010 und 2020 als „kritisches Jahrzehnt“ der Kinder- und Jugendhilfe bezeichnet: „Weichenstellungen, die in diesem Zeitfenster vorgenommen oder eben unterlassen werden, werden sich als sehr folgenreich für die gesellschaftliche Zukunftssicherung erweisen, da dieses „krisische Jahrzehnt“ noch einmalige Chancen für eine nachhaltige Umsteuerung bietet, die so in den Folgejahren nicht mehr bestehen“.⁶⁰ Eine Analyse der Verschiebungen der Anteile verschiedener Altersklassen macht deutlich, dass die Altersgruppe der unter 21-Jährigen bereits im laufenden Jahrzehnt so stark wie zu keinem anderen Zeitpunkt zurückgehen wird. Allerdings bleibt der sogenannte Versorgungsquotient, der ausdrückt, wie viele unter 21-Jährige und über 65-Jährige auf jeweils 100 Einwohnerinnen und Einwohner im Alter von 21 bis unter 65 Jahren kommen, nach diesen Analysen bis 2020 noch konstant. Der Bericht plädiert dafür, die unter diesen Gesichtspunkten bis 2020 noch vergleichsweise stabilen Verhältnisse zu nutzen, um die Anstrengungen in der Förderung, Bildung und Erziehung der jungen Menschen im demografischen Wandel zu intensivieren und Prioritäten zu Gunsten von jungen Menschen und ihren Familien zu setzen.⁶¹

Im Arbeitsfeld Kinder- und Jugendarbeit wird der stärkste Rückgang in den Angebotssegmenten, die sich an die über 15-Jährigen richten, prognostiziert. Insbesondere im ländlichen Bereich wird der demografiebedingte Strukturwandel zu der paradoxen Situation führen, dass der Aufwand für die Bereitstellung entsprechender Angebote eher steigen wird. Dabei wird sich auch die Frage nach einer verstärkten gemeindeübergreifenden Koordinierung und Kooperation von Angeboten stellen. Damit einhergehend ist mit erhöhten Anforderungen an die Mobilität und Erreichbarkeit der Angebote und einem größeren Aufwand für die Vernetzung bestehender Angebote zu rechnen. Darüber hinaus spricht sich der Bericht dafür aus, den absehbaren Rückgang der Anzahl der Jugendlichen dazu zu nutzen, die konzeptionellen Akzente stärker auf die Arbeit mit Kindern zu setzen, da sich jugendtypische Verhaltens- und Lernmuster schon seit längerem in die späte Kindheit hineinverlagern. Als weitere wichtige Themen werden im Zusammenhang mit dem derzeitigen Ganztagschulausbau die Kooperation mit der Schule und der intergenerative Dialog zwischen Jung und Alt genannt.⁶²

Zu den Auswirkungen des Ausbaus der Ganztagschulen auf die Strukturen und Arbeitsweisen der Kinder- und Jugendhilfe in Baden-Württemberg führt der KVJS derzeit darüber hinaus ein Forschungsprojekt in Kooperation mit dem Forschungsverbund Hochschule Osnabrück und dem Institut für soziale Arbeit e.V. (ISA) in Münster durch.⁶³

2008 beauftragte die Landesregierung Prof. Dr. Rauschenbach und sein Team mit der Erstellung eines Gutachtens zur „Lage und Zukunft der Kinder- und Jugendarbeit in Baden-Württemberg“.⁶⁴ Die 2010 erschienene Expertise umfasst eine empirische Strukturanalyse und benennt Potenziale und Perspektiven der Kinder-

60 KVJS (Hrsg.). 2010, S.10.

61 KVJS (Hrsg.). 2010, S.9.

62 KVJS (Hrsg.), 2010.

63 Weitere Informationen unter <http://www.kvjs.de/?id=515>.

64 Rauschenbach, T. u. a. 2010.

und Jugendarbeit in Baden-Württemberg. Außerdem werden Empfehlungen für die Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendarbeit formuliert, die sich an unterschiedliche Ebenen und Akteure richten.

Die Autorinnen und Autoren weisen auf die Notwendigkeit hin, das Selbstverständnis und die zukünftige Rolle der Kinder- und Jugendarbeit fachlich und politisch zu klären. Ein wichtiger Bereich hierbei ist die Kooperation zwischen Kinder- und Jugendarbeit und Schule. Das Gutachten empfiehlt eine stärkere Einbindung der Kinder- und Jugendarbeit in die Mitverantwortung und Mitgestaltung der Angebote im Rahmen der Ganztagschulen. Aufgrund ihrer Potenziale, die als Bildungs-, Verantwortungs-, Gemeinschafts- und Integrationspotenziale beschrieben werden, und der ihr eigenen jugendarbeitsspezifischen Elemente (Partizipation, Selbstorganisation, Ehrenamtlichkeit) kann die Kinder- und Jugendarbeit einen wichtigen Beitrag zu der Entwicklung einer zukunftsfähigen Ganztagschule leisten. Als Voraussetzungen hierfür werden eine entsprechende Ausstattung, eine geregelte institutionelle Einbindung und ein erweitertes Bildungsverständnis der Ganztagschule gesehen, das der Kinder- und Jugendarbeit einen eigenen Bildungsauftrag und eine eigene Rolle zugesteht.

Im Hinblick auf die Entwicklung der Kinder- und Jugendarbeit in den ländlichen Regionen weist das Gutachten darauf hin, dass es bei einer Fortschreibung der gegenwärtigen Ausstattung der Kinder- und Jugendarbeit angesichts der zukünftig geringeren Anzahl von Kindern und Jugendlichen zu einer erheblichen Einschränkung der zur Verfügung stehenden Kapazitäten kommen wird. Verschärft wird dies dadurch, dass die Kinder- und Jugendarbeit in ländlichen Regionen in weit stärkerem Ausmaß von der ehrenamtlich organisierten verbandlichen Kinder- und Jugendarbeit geleistet wird als in den Städten. Durch die Entwicklungen im Bildungsbereich (G8, Ganztagschulausbau, regionale Schulverbände) wird es zunehmend schwieriger, Ehrenamtliche zu gewinnen, die sich über einen längeren Zeitraum verlässlich engagieren (können). Daher wird nach Einschätzung der Autorinnen und Autoren ein schrittweiser Ausbau der beruflich organisierten Kinder- und Jugendarbeit auf regionaler Ebene notwendig sein. Darüber hinaus weist das Gutachten darauf hin, dass es zukünftig darum gehen wird, durch lokale und regionale Bildungslandschaften für Kinder und Jugendliche in ländlichen Regionen ein attraktives nicht-kommerzielles Angebot der Kinder- und Jugendarbeit zu sichern. Dabei muss sich die Kinder- und Jugendarbeit im Rahmen ihrer Möglichkeiten als verlässlicher Partner in lokalen und regionalen Bildungslandschaften einbringen.

Ferner betonen die Autorinnen und Autoren des Gutachtens, dass sich die Kinder- und Jugendarbeit zukünftig noch stärker als bisher auf die veränderten Lebenslagen junger Menschen einstellen muss. Das erfordert auch, Angebotsformen und Strategien zu entwickeln, durch die Jugendliche aus soziokulturellen und religiösen Milieus angesprochen werden können, die bislang keinen oder nur einen erschweren Zugang zu Angeboten der Kinder- und Jugendarbeit haben. Dies gilt insbesondere für Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund. Das Gutachten weist in diesem Zusammenhang auch auf die Potenziale der Nutzung neuer Medien durch die Kinder- und Jugendarbeit hin.

Weitere Empfehlungen beziehen sich auf eine nachhaltige Verbesserung der Datengrundlage zur Kinder- und Jugendarbeit (insbesondere zur Jugendverbandsarbeit, zur Ehrenamtlichkeit und zur örtlichen Gruppenarbeit), um Leistungen und Wirkungen sichtbarer zu machen und die politische Akzeptanz der Kinder- und Jugendarbeit zu erhöhen. Auch eine transparente und leistungsgerechte landesbezogene Förderung über den Landesjugendplan halten die Autorinnen und Autoren des Gut-

achtens für empfehlenswert. Bislang werden im Landesjugendplan Fördermittel von insgesamt fünf Landesministerien ausgewiesen, wodurch der Überblick über die Gesamtaufwendungen und Zuständigkeiten für die Kinder- und Jugendarbeit erschwert wird. „Ziel könnte eine Zusammenführung der unterschiedlichen Förder-töpfe auf Landesebene sowie die Schaffung von zusätzlichen Förderprogrammen für die Kinder- und Jugendarbeit als Partner lokaler und regionaler Bildungsland-schaften in ländlichen Regionen sein“.⁶⁵

Die Ergebnisse des KVJS-Berichts und der Expertise „Lage und Zukunft der Kin-der- und Jugendarbeit in Baden-Württemberg“ wurden auch auf Verbandsebene intensiv diskutiert. So hat beispielsweise der Landesjugendring die Ergebnisse aufgegriffen, durch eigene Erfahrungen und Einschätzungen ergänzt und auf die-ser Grundlage eine fachliche Debatte mit den Verantwortlichen in der Kinder- und Jugendarbeit in Baden-Württemberg angestoßen. Zentrale Themen hierbei sind:⁶⁶

- Gruppenarbeit
- Ehrenamt
- Kooperation mit Schule
- Milieus, Migration und Integration
- Ländlicher Raum
- Medien(welten)
- Partizipation

Aktuelle Entwicklungen auf Landesebene

Zwischen dem Land und den Landesverbänden der Kinder- und Jugendarbeit wur-de am 26. Juli 2007 ein Bündnis für die Jugend 2007-2011 vereinbart.⁶⁷ Partner im Bündnis für die Jugend waren neben dem Land Baden-Württemberg: die Arbeits-gemeinschaft der Landjugendverbände Baden-Württemberg (AGL), die Baden-Württembergische Sportjugend (BWSJ), die Landesarbeitsgemeinschaft Offene Jugendbildung Baden-Württemberg e.V. (LAGO), der Landesjugendring Baden-Württemberg e.V. (LJR) und die Landesvereinigung Kulturelle Jugendbildung Ba-den-Württemberg e.V. (LKJ). Ziel des Bündnisses war es, die Jugendarbeit im Land zu stärken und die finanzielle Planungssicherheit für die Jugendverbände bis Ende 2011 zu gewährleisten. Das Bündnis für die Jugend 2007–2011 sah auch die Ent-wicklung eines Gesamtbildungskonzepts in der außerschulischen Jugendbildung vor. Dieses wurde von einer Arbeitsgruppe aus 31 Mitgliedern von Verbänden, Organisationen und Einrichtungen sowie in thematischen Unter-Arbeitsgruppen unter Hinzuziehung weiterer Expertinnen und Experten erstellt. Jugendliche wa-ren an dem Prozess in Vertretung des Landesschülerbeirats, des Dachverbandes der Jugendgemeinderäte und der Jugendpresse Baden-Württemberg beteiligt. Ein Projektbeirat zur Jugendbildung begleitete die Entwicklung des Konzepts.⁶⁸ Die Ar-beiten zur Entwicklung des Gesamtbildungskonzeptes aus dem Bündnis für die Jugend wurden 2011 abgeschlossen, eine Kabinettsbefassung ist vorgesehen.

Durch den „**Zukunftsplan Jugend**“ sollen die Kinder- und Jugendarbeit und die Jugendsozialarbeit in Baden-Württemberg auf ein neues Fundament gestellt wer-

⁶⁵ Rauschenbach, T. u. a., 2010, S. 356.

⁶⁶ Landesjugendring (Hrsg.), 2011a.

⁶⁷ Weitere Informationen unter http://www.sm.baden-wuerttemberg.de/de/Buendnis_fuer_die_Jugend/235159.html?referer=102972&_min=_sm.

⁶⁸ Weitere Informationen unter <http://www.kultusportal-bw.de/servlet/PB/menu/1270211/index.html> und unter http://www2.landtag-bw.de/WP14/Drucksachen/6000/14_6330_d.pdf.

den.⁶⁹ Er wurde in einem von Prof. Dr. Rauschenbach und seinem Team begleiteten Prozess gemeinsam mit den Verbänden der Kinder- und Jugendarbeit, der Jugendsozialarbeit, den Kommunalen Landesverbänden sowie den betroffenen Ministerien erarbeitet und am 12. März 2013 von den beteiligten Partnern unterzeichnet. Damit tritt er für den Zeitraum vom 1. Januar 2013 bis 31. Dezember 2016 in Kraft, vorbehaltlich der erforderlichen Beschlüsse des Haushaltsgesetzgebers.

Durch den „Zukunftsplan Jugend“ sollen die Kinder- und Jugendarbeit und die Jugendsozialarbeit in Baden-Württemberg inhaltlich und strukturell gestärkt und weiterentwickelt werden.

Württemberg“ (2010) als auch der Koalitionsvertrag sowie der Beschluss des Ministerrates vom 24. Juli 2012 zu inhaltlichen Eckpunkten.⁷⁰

Der „Zukunftsplan Jugend“ umfasst 16 Leitlinien, die Perspektiven für die Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendarbeit und der Jugendsozialarbeit in Baden-Württemberg markieren. Dazu gehören beispielsweise:⁷¹

- Entwicklung und Umsetzung eines abgestimmten Bildungskonzepts von Kinder- und Jugendarbeit (KJA)/Jugendsozialarbeit (JSA) und Schule
- Implementierung kommunaler/regionaler Bildungsnetzwerke
- Angebotsplanung auf lokaler Ebene zur differenzierten Förderung neuer Zielgruppen
- Inklusion, nachhaltige Entwicklung und Kultur der Vielfalt als Ziele konzeptioneller Weiterentwicklung von KJA und JSA
- Ausbau der Beteiligungsformen
- Verantwortungsübernahme als Bildungsziel der KJA und der JSA
- Aufbau einer Förderstatistik zum Landesjugendplan
- Vereinfachung und Vereinheitlichung der Förderverfahren

Zur kontinuierlichen Weiterentwicklung des „Zukunftsplans Jugend“ soll jährlich ein Runder Tisch mit dem Ministerpräsidenten und den Unterzeichnenden stattfinden, welcher der Diskussion zentraler Themen der Kinder- und Jugendpolitik, der Reflexion der Gesamtstrategie des „Zukunftsplans Jugend“ und der gemeinsamen Festlegung von Schwerpunkten dienen soll. Darüber hinaus wird eine Lenkungsgruppe zur Umsetzung und kontinuierlichen Fortschreibung des „Zukunftsplans Jugend“ gebildet. Für die Jahre 2015 und 2017 sind Statusberichte vorgesehen, in denen Umsetzungsschritte und erreichte (Zwischen-)ziele des Zukunftsplans sowie der Stand der Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendarbeit und der Jugendsozialarbeit dargestellt werden sollen. Die wissenschaftliche Begleitung des Prozesses soll fortgeführt werden.

Um finanzielle Planungssicherheit in der Kinder- und Jugendarbeit und der Jugendsozialarbeit zu schaffen, sichert das Land den Trägern der außerschulischen Jugendbildung zu, die Ansätze des Landeshaushalts in den Bereichen Jugendbildung, Landjugend, Jugendverbands- und Jugendorganisationsförderung, Jugend-

69 Pressemitteilung des Ministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren Baden-Württemberg vom 12.03.2013, http://www.sm.baden-wuerttemberg.de/de/Kabinett_beschliesst_Zukunftsplan_Jugend/296930.html?referer=82188&template=min_meldung_html&_min=_sm.

70 Weitere Informationen unter http://www9.landtag-bw.de/WP15/Drucksachen/2000/15_2177_d.pdf.

71 Weitere Informationen unter <http://www.sm.baden-wuerttemberg.de/fm7/2028/Zukunftsplan%20Jugend.pdf>.

arbeit und Jugenderholung für die Laufzeit der Vereinbarung nicht unter die Veranschlagungen im Landeshaushalt 2013/2014 zu senken. Für die Umsetzung des „Zukunftsplans Jugend“ stellt das Land darüber hinaus im Jahr 2013 zusätzliche Mittel in Höhe von 1 Mill. Euro und ab dem Jahr 2014 in Höhe von 3 Mill. Euro jährlich zur Verfügung. Daraus sollen zu etwa einem Drittel neue Stellen im Rahmen eines Bildungsreferenten-Programms und zu circa zwei Dritteln Innovationen des „Zukunftsplans Jugend“ finanziert werden.

3. Stärkung von Jugendbeteiligung in Kommunen

In zahlreichen Kommunen Baden-Württembergs gibt es mittlerweile vielfältige Beteiligungsmöglichkeiten für Jugendliche. Die unterschiedlichen Ansätze der Jugendpartizipation verfolgen alle dasselbe Ziel: Junge Menschen sollen sich mit ihrem Lebensraum identifizieren können und sich zu kritischen, interessierten und engagierten Bürgerinnen und Bürgern entwickeln.⁷² Wissenschaftliche Untersuchungen zeigen, dass Kinder und Jugendliche, die bereits in frühen Jahren positive Erfahrungen mit Engagement gemacht haben, auch als Erwachsene eher bereit sind, gesellschaftlich aktiv zu werden. Voraussetzung dafür ist, dass Partizipationsmöglichkeiten in der Gemeinde geschaffen und diese systematisch gestärkt werden.

Die Landesregierung hat sich daher zum Ziel gesetzt, die Rechte von Kindern und Jugendlichen, insbesondere ihr Recht auf Beteiligung zu stärken. Die Stärkung der Kinderrechte ist ein wesentlicher Schwerpunkt bei der Weiterentwicklung des Kinderlands. Die Landesregierung plant konkret die Kinderrechte in der Landesverfassung und die Beteiligungsrechte von Kindern und Jugendlichen in der Gemeindeordnung verbindlich zu verankern. Kinder und Jugendliche sollen nach dem Koalitionsvertrag zukünftig grundsätzlich bei allen sie betreffenden Fragen politisch beteiligt werden.⁷³ Darüber hinaus beschloss das Landeskabinett am 6. November 2012 die Absenkung des kommunalen Wahlrechts auf 16 Jahre. Über diese Rechtsänderungen hinaus gibt es weitere Möglichkeiten, die Rechte von Kindern zu stärken. Im Jahr 2014 jährt sich die Verabschiedung der UN-Kinderrechtskonvention zum 25. Mal. Die Landesregierung möchte dies zum Anlass nehmen, um in diesem Jahr ein „Jahr der Kinder- und Jugendrechte in Baden-Württemberg“ zu gestalten. Idee ist, Veranstaltungen und Initiativen der Verbände, der Kommunen und des Landes zum Thema Kinder- und Jugendrechte, insbesondere zum Thema Beteiligung von Kindern und Jugendlichen, im Jahr 2014 zu bündeln und unter ein gemeinsames Dach zu stellen, um so dem Thema zu mehr Beachtung in der Öffentlichkeit zu verhelfen.

Ende November 2012 hat hierzu bereits eine erste Besprechung mit den Verbänden im Land unter Beteiligung des Kultusministeriums stattgefunden. Bei dieser Besprechung ist die Idee, ein Jahr der Kinder- und Jugendrechte zu veranstalten, auf positive Resonanz gestoßen. Alle Akteure sind derzeit aufgefordert, erste Vorschläge für Initiativen und Veranstaltungen an das Sozialministerium zu melden.

⁷² Wenzl, U., 2012.

⁷³ Koalitionsvertrag „Der Wechsel beginnt“, S. 45f.
www.gruene-bw.de/fileadmin/gruenebw/dateien/Koalitionsvertrag-web.pdf.

Partizipationsmöglichkeiten Jugendlicher, Einflussgrößen und Empfehlungen

Die Partizipation von Kindern und Jugendlichen hat in den vergangenen 20 Jahren in der gesellschaftlichen, politischen und wissenschaftlichen Debatte an Bedeutung gewonnen. Nach der Definition des Bundesjugendkuratoriums bedeutet Partizipation die Teilhabe bzw. Mitbestimmung von jungen Menschen an den sie betreffenden Entscheidungen in allen relevanten Lebensbereichen (Familie, Schule, Kommune, Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe etc.).⁷⁴ Im Rahmen dieses Kapitels soll ausschließlich die Partizipation auf kommunaler Ebene in den Blick genommen werden, die sehr unterschiedlich aussehen kann.

In den Anfängen der kommunalen Jugendbeteiligung in Baden-Württemberg waren Jugendgemeinderäte das Instrument der Jugendbeteiligung. 1985 wurde der erste Jugendgemeinderat in Weingarten im Landkreis Ravensburg gegründet. Heute gibt es rund 90 Jugendgemeinderäte in Baden-Württemberg, die seit 1991 im Dachverband der Jugendgemeinderäte in Baden-Württemberg e.V. zusammengeschlossen sind.⁷⁵ Mitte der 1990er-Jahre gewannen weitere Formen der Jugendbeteiligung wie Jugendforen oder Jugendhearings an Bedeutung.

Heute gibt es vielfältige Mitwirkungsmöglichkeiten Jugendlicher:⁷⁶

- **Parlamentarische Formen**
zum Beispiel Kinder- und Jugendparlamente, Jugendgemeinderäte
- **Offene Formen**
zum Beispiel Kinder- und Jugendforen, Hearings, Zukunftswerkstätten, Stadtteilkonferenzen, Runde Kinder- und Jugendtische, Kinder und Jugendliche in bestehenden Parlamenten (Aktionen und Dialoge mit Politikerinnen und Politikern, Anhörungen, Fragestunden)
- **Projektbezogene Formen**
zum Beispiel Beteiligung bei Spielplatz- und Schulhofgestaltung, Ausstellungen und Medienprojekten
- **Verwaltungsorientierte Formen**
zum Beispiel Kinder- und Jugendbüros, Kinder- und Jugendbeauftragte

In Bezug auf die tatsächliche Nutzung kommunaler Partizipationsmöglichkeiten gibt es nach Ergebnissen einer bundesweiten Jugendpartizipationsstudie der Bertelsmann Stiftung (2005) unterschiedliche Einschätzungen. Kommunalverwaltungen sind deutlich häufiger der Meinung, dass das bestehende Beteiligungsangebot genutzt wird und schätzen die Beteiligungsintensität von Kindern und Jugendlichen in der Kommune deutlich höher ein als Jugendliche selbst. Nach eigenen Angaben nutzen bundesweit knapp 14 % der Kinder und Jugendlichen zwischen 12 und 18 Jahren häufig kommunale Beteiligungsangebote, während 60 % selten oder nie Gebrauch davon machen. Aus Sicht der Kommunen werden Beteiligungsangebote

⁷⁴ Bundesjugendkuratorium (Hrsg.), 2009, S. 6f.

⁷⁵ Seit 1998 sind die Jugendgemeinderäte in Baden-Württemberg im § 41a der Gemeindeordnung auch rechtlich verankert. Weitere Informationen www.jugendgemeinderat.de.

⁷⁶ Wenzl, U., 2012.

von einem Drittel der Jugendlichen häufig genutzt und von 30 % der Kinder und Jugendlichen selten oder nie.⁷⁷

Die Studie der Bertelsmann Stiftung identifizierte **zentrale Einflussfaktoren der Mitwirkung Jugendlicher** an ihrem Wohnort. Insgesamt wurden sieben Faktoren herausgearbeitet, die besonders förderlich für die Mitwirkung von Kindern und Jugendlichen in der Kommune sind:⁷⁸

- frühere positive Erfahrungen mit Partizipation am Wohnort
- zufrieden stellende Partizipationsmöglichkeiten in der Schule
- gute Information über vorhandene Mitwirkungsmöglichkeiten
- ausgeprägter Wunsch, selbst etwas zu verändern
- Zutrauen zur eigenen Fähigkeit, sich einzubringen
- ein Freundeskreis, der ebenfalls in der Kommune mitwirkt
- Engagement in (Sport-)Vereinsaktivitäten

Aufbauend auf den Ergebnissen der Studie wurden im Rahmen der Initiative „mit-Wirkung!“ der Bertelsmann Stiftung von 2004 bis 2008 in den Modellkommunen Essen und Saalfeld unter unterschiedlichen Bedingungen Methoden und Instrumente der Jugendbeteiligung erprobt und weiterentwickelt. In den Modellkommunen wurden ca. 100 Prozessmoderatoren ausgebildet, um Kinder und Jugendliche in ihren Erfahrungs-, Lern- und Mitwirkungsprozessen aktiv zu unterstützen. Darüber hinaus wurden insgesamt etwa 120 junge „Moderatoren für kommunale Beteiligungsprojekte“ mit Methoden der „Technology of Participation (ToP®)“ qualifiziert, um junge Menschen besser für ihre Mitwirkung zu qualifizieren.⁷⁹

Obwohl mittlerweile vielfach erprobte Beteiligungsformen und -methoden existieren und Einflussfaktoren für die Mitwirkung Jugendlicher bekannt sind, fehlt es nach Einschätzung von Expertinnen und Experten nach wie vor an nachhaltig und strategisch verankerten, verlässlichen, situations- und personenunabhängigen Partizipationsstrukturen für Kinder und Jugendliche auf kommunaler Ebene. Darüber hinaus sind Mitwirkungschancen und Beteiligungsmöglichkeiten Jugendlicher nach wie vor sozial ungleich verteilt.⁸⁰

Eine im Rahmen des Nationalen Aktionsplans „Für ein kindergerechtes Deutschland 2005–2010“ eingerichtete Arbeitsgruppe hat daher allgemeine Qualitätsstandards für die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen entwickelt und diese in Empfehlungen für die Bereiche Kindertagesstätte, Schule, Kommune, Erzieherische Hilfen und Jugendarbeit konkretisiert (2012). Im Hinblick auf Partizipation in Kommunen wird empfohlen, Beteiligungsangebote auf der Basis der allgemeinen Qualitätsstandards zu entwickeln und Mitarbeitende für die Durchführung von Beteiligungsprojekten zu qualifizieren. Wichtig für kommunale Beteiligungsstrategien sind ein belastbares politisches Mandat in Form eines Ratsbeschlusses, die Bereitstellung von ausreichenden Ressourcen sowie die Verankerung der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in der gesamten Verwaltung als Querschnittsaufgabe. Auch dem Aufbau eines aktiven lokalen Netzwerkes sowie einer wirksamen Information der Kinder und Jugendlichen und der Anerkennung ihres Engagements

⁷⁷ Bertelsmann Stiftung (Hrsg.), 2005, Seite 28f.

⁷⁸ Bertelsmann Stiftung (Hrsg.), 2005, Seite 6.

⁷⁹ Eine Übersicht über die hierzu veröffentlichten Publikationen, Handreichungen und Evaluationstools findet sich unter http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xchg/bst/hs.xsl/prj_29854.htm.

⁸⁰ Bundesjugendkuratorium (Hrsg.), 2009, Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.), 2012.

kommt eine hohe Bedeutung zu, wenn Partizipation gelingen soll. Des Weiteren sollten vielfältige Beteiligungsmöglichkeiten zur Verfügung stehen und benachteiligte junge Menschen gezielt einbezogen werden. Neben Fort- und Weiterbildungsangeboten für Ehrenamtliche und Fachkräfte sollten auch Kinder und Jugendliche die Möglichkeit haben, an entsprechenden Maßnahmen teilzunehmen und in ihrer Selbstorganisationsfähigkeit gefördert werden. Durch Prozesse der Selbstevaluation und durch den Austausch unter den Netzwerkakteuren soll darüber hinaus die Qualitätsentwicklung unterstützt werden.⁸¹

In **Baden-Württemberg** führte der Städtetag Baden-Württemberg eine Online-Befragung von 500 Jugendlichen zwischen 15 und 25 Jahren durch und kommt auf dieser Grundlage in seinen Hinweisen und Empfehlungen zur Bürgermitwirkung in der Kommunalpolitik (2010) zu folgenden Schlussfolgerungen:⁸²

- **Kommunalpolitik muss jugendgerechter werden:** Die Sprache, die bevorzugten Medien und die Kommunikationsformen Jugendlicher sind offensiv zu nutzen, um Jugendliche über Kommunalpolitik und Gestaltungsmöglichkeiten jugendgerecht zu informieren.
- **Kommunalpolitik muss flexibler werden:** Junge Menschen können oder wollen sich nicht langfristig und in großem zeitlichen Umfang kommunalpolitisch engagieren. Jugendliche wünschen sich eine andere Art der Partizipation: schneller, direkter und nutzenorientierter und engagieren sich eher punktuell, insbesondere dort, wo Kommunalpolitik für sie persönlich relevant wird. Einen geeigneten Rahmen dafür bieten beispielsweise Runde Tische, Beteiligungsforen u.Ä., Bürgerbegehren und andere Elemente direkter Demokratie.
- **Engagement und Beteiligung brauchen Anreize:** Jugendbeteiligung muss für die Mitwirkenden möglichst sichtbare Früchte tragen und zielgruppenspezifische Angebote machen. Neben kontinuierlichen und formalen Beteiligungsmodellen muss es auch anlass- und projektbezogene Mitwirkungsmöglichkeiten für Jugendliche geben.
- **Engagement und Beteiligung braucht Partner:** Wichtig ist ein Dialog zur Jugendbeteiligung, in den Städte und Gemeinden, Parteien, Wählervereinigungen, Bürgerinitiativen, soziale Vereine und Verbände, Schulen, Hochschulen, Kirchen und andere relevante Institutionen eingebunden sind.

In einzelnen Städten und Gemeinden erfolgreich etablierte Beteiligungsformen können allerdings nicht ohne weiteres auf andere Städte und Gemeinden übertragen werden, da die Voraussetzungen in Verwaltung und Politik sehr unterschiedlich sein können. Erfahrungen zeigen, dass es den „Königsweg“ der Jugendbeteiligung nicht gibt, sondern erprobte Ansätze passgenau auf die jeweilige Situation vor Ort abgestimmt und prozessorientiert weiterentwickelt werden müssen. Bewährt hat sich ein Mix aus verschiedenen Partizipationsformen unter Einbeziehung aller vorhandenen örtlichen Ressourcen der Jugendpolitik, der Jugendarbeit, der außerschulischen und schulischen Bildungsträger sowie der Träger der politischen Bildung. Dabei empfiehlt es sich, eine Anlauf- und Koordinationsstelle Jugendbeteiligung einzurichten und Ansprechpartner für Jugendanliegen bzw. Jugendbeauftragte zu benennen.

81 Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.), 2012, Seite 32f.

82 Städtetag Baden-Württemberg (Hrsg.), 2012, S. 31.

Wichtig sind darüber hinaus die politische Unterstützung durch den Gemeinderat, durch (Ober-)Bürgermeister/-innen und durch die Verwaltung sowie eine jugendgemäße Informationsstrategie, die auch das Internet mit einbezieht.⁸³

Jugendbeteiligung vor Ort: Praxisbeispiele und Unterstützungsangebote

Für eine gelingende Einbindung von Jugendlichen auf kommunaler Ebene gibt es in Baden-Württemberg eine Reihe von guten Praxisbeispielen und Arbeitshilfen. Diese werden zukünftig auf der neuen Plattform jugendbeteiligung-bw.de gebündelt. Um die Jugendbeteiligung landesweit abbilden zu können, soll darüber hinaus 2013 auf dieser Plattform eine „Jugendpartizipationslandkarte“ veröffentlicht werden. Das Informationsvideo der Landeszentrale für politische Bildung und des Landesjugendrings Baden-Württemberg „Wir sind Kommune – Jugendbeteiligung in Baden-Württemberg“ richtet sich an Kommunen und zeigt unterschiedliche Wege auf, um Jugendliche an kommunalen Entscheidungsprozessen zu beteiligen.⁸⁴ Darüber hinaus lautet der Jahresschwerpunkt der Landeszentrale für politische Bildung 2013 „Politisch beteiligen!“. Auf der Online-Plattform www.buergerbeteiligung.lpb-bw.de finden sich zahlreiche Informationen und Unterrichtsmaterialien zur Bürgerbeteiligung und zur politischen Bildung.

Mit dem Programm „Jugend BeWegt“ stärken die Jugendstiftung Baden-Württemberg und der Landesjugendring Baden-Württemberg vorhandene Partizipationsansätze in Kommunen, bündeln den Erfahrungsaustausch zwischen den Kommunen und tragen zum Aufbau eines dauerhaften Netzwerks von Kommunen und kommunalen Zusammenschlüssen bei, die sich dem Thema Jugendbeteiligung verpflichtet fühlen und dabei auf Qualität achten. Dabei wird im Rahmen einer Beteiligungswerkstatt mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus Kommunen, der kommunalen Kinder- und Jugendarbeit, von freien und öffentlichen Trägern, mit Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern und anderen Interessierten als Basis für weitere Beteiligungsprojekte zunächst eine Vorstellung von einer lebendigen zukünftigen Beteiligungskultur mit Kindern und Jugendlichen entwickelt. Daran anknüpfend werden erste konkrete Schritte angedacht, wie sich diese Vorstellungen realisieren lassen. Über den gesamten Programmzeitraum werden Kommunen mittels eines kurzen Fragebogens angefragt, eine Rückmeldung zur Beteiligungssituation junger Menschen vor Ort zu geben. Diese Rückmeldungen werden ausgewertet und fließen in einen Dialog mit Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträgern ein. Im Rahmen des Programms werden auch neue Qualifizierungsmodule für Multiplikatorinnen und Multiplikatoren entwickelt.⁸⁵

⁸³ Wenzl, U., 2012.

⁸⁴ http://www.youtube.com/watch?v=a--0uoy2PE&feature=channel_video_title.

⁸⁵ Weitere Informationen unter <http://jrbw.k-k.de/25442/Themen/Jugendbeteiligung/Jugend-BeWegt/div.aspx> und <http://www.jugendstiftung.de/index.php?id=111>. Hier kann auch der Fragebogen für Kommunen abgerufen werden.

Good practice: **Programm Jugend BeWegt!**

Politik konkret.lokal.wirksam.vernetzt. Jugendliche engagieren sich in ihrer Kommune

Das Programm startete 2012 mit fünf Modellkommunen in Baden-Württemberg, in denen zwischen 1 700 und 297 000 Menschen leben. Die unterschiedliche Größe der Kommunen macht deutlich, dass unterschiedliche Modelle der Jugendbeteiligung gefragt sind. Im Rahmen des Gesamtprojektes werden für die jeweilige Kommune passende Ansätze und Herangehensweisen entwickelt und in die Praxis umgesetzt. Die im Jahr 2012 ausgewählten Gemeinden und Städte erarbeiten exemplarisch für die Kommunen in Baden-Württemberg Zugänge, die evaluiert und dokumentiert werden.

Rümmingen (1 700 Einwohnerinnen und Einwohner, Landkreis Lörrach)

Im Dezember 2012 ging der schon vor längerem geäußerte Wunsch der Jugendlichen nach einer Jugenddisko mit einem ersten gemeinsam veranstalteten Event in Erfüllung. Diesem Startschuss wird im Frühling 2013 ein „MitMachTag“ folgen, den die neu gegründete Arbeitsgruppe „Kinder und Jugend“ vorbereitet.

Ammerbuch (11 500 Einwohnerinnen und Einwohner, Landkreis Tübingen)

In der Gemeinde Ammerbuch wird ein Beteiligungszirkel entwickelt, der die Interessen der Jugendlichen kontinuierlich auf einer breiten Basis in die politischen Entscheidungsprozesse einbezieht. In einer Befragung an allen Schulen wurden die Themen und Anliegen der Jugendlichen ermittelt. Die in der Umfrage gesammelten Punkte sind Grundlage eines Beteiligungsevents, bei dem die Jugendlichen diese Themen diskutieren. Diese Ergebnisse fließen über eine Facharbeitsgruppe in den Jugendgemeinderat bzw. in den Gemeinderat. Ziel ist neben einem langfristigen Veränderungsprozess die Umsetzung einer konkreten Maßnahme, so dass Jugendliche unmittelbar einen Effekt ihres Wirkens erleben.

Leinfelden-Echterdingen (37 000 Einwohnerinnen und Einwohner, Landkreis Esslingen)

Jugendliche in Leinfelden-Echterdingen können ihre Anliegen an die Stadt nun auf einer Onlineplattform im Internet formulieren. Ziel ist es, ein dynamisch wachsendes Netzwerk der Ideen aufzubauen, in dem die Jugendarbeit, die Schulen und die Stadt mit dazu beitragen, dass diese Anliegen berücksichtigt werden.

Bühl (29 000 Einwohnerinnen und Einwohner, Landkreis Rastatt)

Von Oktober bis Dezember 2012 fanden vier Gesprächskreise mit Jugendlichen in unterschiedlichen Lebenslagen statt. Die Jugendlichen schilderten während dieser Aktionstage ihre aktuellen Anliegen. Gemeinsam wurde an möglichen Lösungsideen gearbeitet und anschließend Themengruppen gebildet, die die Anliegen konkretisieren und Lösungsvorschläge erarbeiten. Bei einer Begegnungsplattform Anfang 2013 werden die Lösungsvorschläge den zuständigen Mandatsträgerinnen und -trägern präsentiert und mit ihnen diskutiert.

Karlsruhe (297 000 Einwohnerinnen und Einwohner, Stadtkreis)

In Karlsruhe gibt es bereits einige Formen der Beteiligung, die in Zukunft besser vernetzt und um Möglichkeiten der virtuellen Beteiligung ergänzt werden sollen. Die zentrale Jugendkonferenz, die alle 2 Jahre stattfindet, soll mit den Jugendforen, den Jugendverbänden und Jugendzentren und der virtuellen Jugendbeteiligung vernetzt werden. Für die anlass- und projektbezogen stattfindenden Jugendforen werden Jugendliche als Mentorinnen und Mentoren gewonnen und geschult. Außerdem wird ein Leitfaden für die Jugendforen entwickelt.

Um Jugendliche über den demografischen Wandel zu informieren und bei jungen Menschen das Interesse an der aktiven Mitgestaltung der Gesellschaft zu wecken, wurde 2010 von der FamilienForschung Baden-Württemberg der Jugend-Workshop Demografie entwickelt, der in der ersten Phase (Dezember 2010 bis Mai 2012) von der Robert Bosch Stiftung gefördert wurde. Mit Unterstützung der Landesregierung wurde dieses außerschulische Bildungsangebot zum demografischen Wandel weiterentwickelt, ein aktueller Schwerpunkt liegt auf Generationenbeziehungen im demografischen Wandel.⁸⁶

Good practice: Jugend-Workshop Demografie und Generationen⁸⁷

Der eintägige Workshop richtet sich an Jugendliche zwischen 15 und 22 Jahren und soll diese über den demografischen Wandel informieren und für gesellschaftliche Veränderungen sowie generationenpolitische Zukunftsfragen sensibilisieren. Angesichts des derzeitigen Ausbaus von Beteiligungsstrukturen in den Kommunen schaffen die Jugend-Workshops eine wichtige Basis für das Engagement Jugendlicher. An den bisher durchgeführten Workshops nahmen unterschiedliche Gruppen wie Schulklassen, Auszubildende oder Jugendliche im Freiwilligendienst teil. Die Workshops sind methodisch abwechslungsreich gestaltet, neben einem Quiz, Kleingruppenarbeit und eigenen Präsentationen Jugendlicher wird auch ein Planspiel zur kommunalen Familienpolitik durchgeführt. Das Konzept wird auf die Vorkenntnisse und die Situation der jeweiligen Gruppe abgestimmt. Am 2. Mai 2012 fand die erste Projektphase ihren offiziellen Abschluss durch die Veranstaltung „Jugend im demografischen Wandel – Herausforderungen, Chancen, Perspektiven“, an der rund 60 Fachkräfte aus ganz Baden-Württemberg teilnahmen. Darüber hinaus wurde eine Dokumentation erstellt, die die Ergebnisse der Workshops zusammenfasst und didaktische Materialien für Multiplikatoren beinhaltet.

In der zweiten Phase des Projekts (November 2012 – Februar 2013) werden zunächst sechs Workshops „Demografie und Generationen“ durch das Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren aus Mitteln des Landes Baden-Württemberg gefördert. Diese Weiterentwicklung der Jugend-Workshops bietet jungen Menschen Anregungen zur Auseinandersetzung mit generationenpolitischen Fragestellungen. Darüber hinaus soll ab Frühjahr 2013 ein weiteres Konzept in Form von generationenübergreifenden Workshops den Dialog zwischen jungen und älteren Menschen anregen und der Frage nachgehen, wie die Herausforderungen des demografischen Wandels von unterschiedlichen Generationen gemeinsam bewältigt werden können.

⁸⁶ Weitere Informationen unter <http://www.statistik-bw.de/Pressemitt/2012379.asp>.

⁸⁷ Weitere Informationen unter http://www.statistik-bw.de/BevoelkGebiet/FaFo/JugendWS_Demografie.asp.

Neue Medien spielen bei Beteiligungsprozessen Jugendlicher eine immer größere Rolle.⁸⁸ Die so genannte ePartizipation ermöglicht es Jugendlichen, sich über netzbasierte Verfahren einzubringen und sich an politischen und gesellschaftlichen Prozessen zu beteiligen. So haben junge Menschen in Baden-Württemberg beispielsweise die Möglichkeit, über das **Onlinemodul** www.deinestimme.jugendnetz.de ihre Einschätzung zur Situation in ihrer Gemeinde abzugeben. Das Modul bietet Jugendlichen zwischen 14 und 18 Jahren eine auf Dauer angelegte Plattform im Jugendnetz Baden-Württemberg. Diese dient zur Umsetzung von Umfragen unter Jugendlichen auf kommunaler Ebene und bietet Jugendlichen die Möglichkeit, ihre Gemeinde von der Verkehrsinfrastruktur über Freizeitangebote bis hin zur Ausbildungssituation zu bewerten und Verbesserungsvorschläge zu machen.

Auf Bundesebene werden durch das **Projekt „ePartizipation: Internationaler und nationaler Erfahrungsaustausch sowie Modellentwicklung für mehr Jugendbeteiligung in der digitalen Gesellschaft“**, kurz „Youthpart“, ein offener Austauschprozess angestoßen und im ersten Schritt innovative ePartizipationsverfahren identifiziert. In einem weiteren Schritt sollen Modellvorhaben öffentlicher Verwaltungen und der Jugendarbeit bei der Erprobung begleitet und in Form partnerschaftlicher Beratung weiterentwickelt werden.⁸⁹ Youthpart ist ein multilaterales Kooperationsprojekt im Rahmen der EU-Jugendstrategie und soll auch der Unterstützung, Beratung und gemeinschaftlichen Weiterentwicklung netzbasierter Beteiligungsformate in Kooperation zwischen Deutschland und den Partnerländern dienen.⁹⁰

4. Jugendpolitik in Europa – EU-Jugendstrategie

Die Jugendminister und Jugendministerinnen der EU-Mitgliedsstaaten schafften mit dem im November 2009 verabschiedeten „erneuten Kooperationsrahmen für die jugendpolitische Zusammenarbeit in Europa 2010–2018“ (EU-Jugendstrategie) die Basis für die Jugendpolitik in Europa bis 2018. Die EU-Jugendstrategie verfolgt zum einen das Ziel, für alle jungen Menschen mehr Möglichkeiten und mehr Chancengleichheit im Bildungsbereich und auf dem Arbeitsmarkt zu verwirklichen und zum anderen, das gesellschaftliche Engagement junger Menschen sowie ihre soziale Eingliederung und Solidarität zu fördern.⁹¹

Dafür sieht sie acht Aktionsfelder vor:

- Allgemeine und berufliche Bildung
- Beschäftigung und Unternehmergeist
- Gesundheit und Wohlbefinden
- Teilhabe (politische und gesellschaftliche Beteiligung)
- Freiwilligentätigkeit
- Soziale Eingliederung
- Jugend in der Welt
- Kreativität und Kultur

⁸⁸ Ein Überblick über Jugendprojekte in Österreich, die Jugendliche mittels digitaler Medien beteiligen, findet sich unter http://www.partizipation.at/fileadmin/media_data/Downloads/themen/jugendbeteiligung_und_digitale_medien.pdf.

⁸⁹ Weitere Informationen unter http://www.sicher-online-gehen.de/web//initiativen_youthpart.

⁹⁰ Siehe auch nachfolgendes Kapitel, weitere Informationen unter <http://www.jugendhilfeportal.de/fokus/eu-jugendstrategie/projekte/youthpart/>.

⁹¹ Weitere Informationen unter <http://www.jugendpolitikineuropa.de/downloads/4-20-3060/Fact%20Sheet%20-%20Die%20EU-Jugendstrategie%202010-2018.pdf>.

Die EU-Jugendstrategie wird in Deutschland auf der Grundlage des sogenannten Governance-Ansatzes umgesetzt. Ziel dieses Modells, das im Rahmen der Umsetzung der EU-Jugendstrategie erstmalig erprobt wird, ist es, möglichst alle Ebenen und Akteure der deutschen Jugendhilfe einzubeziehen und zu erreichen (auch die kommunale und die regionale Ebene sowie die Zivilgesellschaft).⁹² Die wissenschaftliche Begleitung der ersten Phase 2010 bis 2013 wird vom Deutschen

Die Themen „Partizipation“, „Non-formales Lernen“ und „Neue Lernfelder“ stehen 2010 bis 2013 im Zentrum der Umsetzung der EU-Jugendstrategie in Deutschland.

Jugendinstitut (DJI) durchgeführt, der Abschlussbericht soll Ende 2013 vorliegen.⁹³

Der Bund und die Länder setzen die EU-Jugendstrategie in Deutschland gemeinsam um. Federführend ist hierbei die zu diesem Zweck eingerichtete Bund-

Länder-Arbeitsgruppe. Diese hat sich für die erste Phase der EU-Jugendstrategie auf die drei Themen „Partizipation“, „Non-formales Lernen“, „Neue Lernfelder“ geeinigt.⁹⁴ Beim Thema „Partizipation“ geht es um die gelingende Beteiligung Jugendlicher durch die Ansprache neuer Zielgruppen und die Einführung neuer Formate. Im Themenfeld „Non-formales Lernen“ soll die Aufwertung und Anerkennung informeller und nicht formaler Bildung unter Wahrung der Standards und Konzepte der Jugendarbeit vorangebracht werden. Mit dem Schwerpunkt „Neue Lernfelder“ verbinden sich Bestrebungen, die Integration sozial benachteiligter junger Menschen in das Regelsystem von Bildung, Ausbildung und Arbeit durch die Ermöglichung neuer Lernfelder und Kompetenzen für Jugendliche und Fachkräfte zu fördern.

Zu diesen Themen soll in fünf „Multilateralen Kooperationsprojekten“ in Form von gemeinsamen Peer-Learning-Seminaren, Studienbesuchen und Treffen von Expertinnen und Experten die Zusammenarbeit mit europäischen und internationalen Partnerländern gesucht werden. Die Themen dieser fünf Projekte sind:

- Grenzüberschreitende europäische Freiwilligeninitiativen
- Partizipation junger Menschen im demokratischen Europa
- Eigenständige Jugendpolitik
- Entwicklung und Austausch neuer Beteiligungsmöglichkeiten durch
- e-Partizipation: „youthpart“
- Gelingende Übergänge in Ausbildung und Arbeit

Bund und Länder führen in ihren jeweiligen Verantwortungsbereichen auch eigene Programme durch. Dazu gehören beispielsweise auf Bundesebene die Initiativen „JUGEND STÄRKEN“ und „Dialog Internet“. Zudem hat der Bund in Trägerschaft der Agentur „JUGEND für Europa“ eine Service- und Transferstelle für die Umsetzung der EU-Jugendstrategie eingerichtet.⁹⁵

Die Beteiligung der Zivilgesellschaft erfolgt durch den „Nationalen Dialog“, für den unterschiedliche Strukturen und Maßnahmen entwickelt wurden. Eine zentrale Rolle bei der fachlichen Beratung und Begleitung nimmt der „Beirat des Bundes zur Umsetzung der EU-Strategie in Deutschland“ ein. Diesem gehören Vertreterinnen

92 Hofmann-van de Poll, F.; Rink, B., 2012.

93 Weitere Ergebnisse unter <http://www.dji.de/cgi-bin/projekte/output.php?projekt=1048>.

94 Arbeitspapiere, die den Stand der Diskussion in den drei Themenfeldern wiedergeben finden sich unter <http://www.dji.de/cgi-bin/projekte/output.php?projekt=1048&Jump1=RECHTS&Jump2=L1&EXTRALIT=%3CH3%3EArbeitspapiere%3C%2FH3%3E>.

95 <http://www.jugendfuereuropa.de/themen-und-projekte/service-und-transferstelle>.

und Vertreter der öffentlichen und freien Jugendhilfe, der Bundesländer, der kommunalen Spitzenverbände, der Wohlfahrtsverbände und der Jugendforschung an. Darüber hinaus werden im Rahmen des „Nationalen Dialogs“ verschiedene Veranstaltungen wie jährlich stattfindende Foren zu den Perspektiven Europäischer Jugendpolitik durchgeführt. Des Weiteren wurde auf europäischer Ebene das Instrument des „Strukturierten Dialogs“ entwickelt, um Jugendliche stärker zu beteiligen und den Austausch über aktuelle Themen zu befördern. Dabei soll der Dialog zwischen Jugendlichen und Politik nicht erst auf europäischer Ebene beginnen, sondern die lokale, regionale und nationale Ebene einbeziehen.⁹⁶ Über die Plattform www.strukturierter-dialog.de/mitmachen können sich Jugendliche an der politischen Entscheidungsfindung beteiligen und an der Entwicklung von Zielen auf europäischer Ebene mitwirken. Themen bereits abgeschlossener Konsultationen sind die Anerkennung außerschulischer Bildung, die Beteiligung junger Menschen mit Migrationshintergrund, die Gestaltung von Übergängen zwischen Schule, Ausbildung und Beruf und die Inklusion junger Menschen.

Für den Bereich der außerschulischen Jugendarbeit hat die Europäische Union das Begegnungsprogramm JUGEND IN AKTION entwickelt.⁹⁷ Dieses Programm fördert Jugendbegegnungen, Jugendinitiativen, den Europäischen Freiwilligendienst, Projekte der partizipativen Demokratie und Projekte mit benachbarten Partnerländern. Auch Trainings und Vernetzungsmaßnahmen sowie Begegnungen junger Menschen mit Verantwortlichen für Jugendpolitik werden finanziell unterstützt. Das Programm sieht fünf Aktionsbereiche vor:

- Die Mobilität junger Menschen innerhalb der EU (und über die Grenzen hinaus),
- die Beteiligung junger Menschen am Alltagsleben ihrer Umgebung,
- das nicht formale Lernen junger Menschen,
- den interkulturellen Dialog zwischen jungen Menschen,
- die kulturelle Vielfalt.

Bis einschließlich 2013 stehen im Rahmen des Programms JUGEND IN AKTION insgesamt 886 Mill. Euro für Jugendgruppen, gemeinnützige Vereine und Einrichtungen der Jugendarbeit in 33 Ländern zur Verfügung.

Der von der Europäischen Kommission am 10. September 2012 vorgelegte zweite europäische Jugendbericht gibt einen Überblick über die Lebenslage junger Menschen in Europa und beschreibt die Fortschritte der Mitgliedstaaten bei den für den Zeitraum 2010 bis 2012 festgelegten jugendpolitischen Zielen und Handlungsfeldern.⁹⁸ Er wird für die Festlegung neuer Prioritäten für den nächsten Arbeitszyklus der jugendpolitischen Zusammenarbeit für den Zeitraum 2013 bis 2015 herangezogen. Vor dem Hintergrund der Wirtschaftskrise vertritt die Kommission in diesem Bericht die Ansicht, dass der Schwerpunkt weiterhin auf den Bereichen Beschäftigung und Unternehmensgeist, Verbesserung des Zugangs zur Beschäftigung sowie Entwicklung der innovativen und kreativen Fähigkeiten junger Menschen liegen sollte. Darüber hinaus sollten die Themen „soziale Inklusion“ und „Gesundheit und Wohlbefinden“ stärker in den Mittelpunkt rücken.

⁹⁶ Weitere Informationen unter <http://strukturierter-dialog.de>.

⁹⁷ Weitere Informationen unter <http://www.jugend-in-aktion.de>.

⁹⁸ Weitere Informationen unter <http://www.jugendpolitikineuropa.de/beitrag/2-eu-jugendbericht-folgen-der-wirtschaftskrise-mit-der-eu-jugendstrategie-bekaempfen.8971/>.

Datenquellen

Die Auswertungen zur Situation der Jugendlichen in Baden-Württemberg beruhen, soweit nicht anders angegeben, auf Auswertungen des Mikrozensus 2011. Der **Mikrozensus** ist die größte amtliche repräsentative Haushaltsbefragung in Deutschland, an der jährlich 1 % der Personen in Privathaushalten und Gemeinschaftsunterkünften teilnehmen. In Baden-Württemberg werden rund 48 000 Haushalte befragt. Der Mikrozensus liefert grundlegende Daten zur Bevölkerungsstruktur, zum Arbeitsmarkt, zur Bildung sowie zur wirtschaftlichen und sozialen Lage der Bevölkerung.

Die **Kinder- und Jugendhilfestatistik** bietet eine wichtige Datengrundlage, um Entwicklungen in der Kinder- und Jugendarbeit abbilden zu können. In verschiedenen Teilen der Kinder- und Jugendhilfestatistik werden in regelmäßigen Abständen Angaben zu öffentlich geförderten Maßnahmen, zu Einrichtungen und Personalausstattung der Kinder- und Jugendarbeit sowie zu den Ausgaben und Einnahmen der öffentlichen Gebietskörperschaften (das heißt zur Finanzierung der Infrastruktur der Kinder- und Jugendarbeit durch Bund, Länder und Kommunen) erfasst. Den Schaubildern und der Tabelle zu den Eckdaten zur Kinder- und Jugendhilfestatistik liegen folgende Teilstatistiken zugrunde:

- **Kinder- und Jugendhilfe Teil II: Maßnahmen der Jugendarbeit und daran Teilnehmende in Baden-Württemberg** (Kinder- und Jugenderholung, außerschulische Jugendbildung, Mitarbeiterfortbildung freier Träger, internationale Jugendarbeit), Erhebung alle 4 Jahre bei öffentlichen und freien Trägern, zuletzt 2008, 2012 ausgesetzt
- **Kinder- und Jugendhilfe Teil III: Einrichtungen und tätige Personen in der Jugendhilfe** (zum Beispiel Jugendsozialarbeit, Arbeit in Jugendbildungsstätten und Jugendzentren, Einrichtungen und Initiativen der mobilen Jugendarbeit, Jugendkunstschulen, Einrichtungen der Stadtranderholung, pädagogisch betreute Spielplätze), Erhebung alle 4 Jahre bei öffentlichen und freien Trägern, zuletzt 2010
- **Kinder- und Jugendhilfe Teil IV: Ausgaben und Einnahmen der Träger der öffentlichen Jugendhilfe in Baden-Württemberg**, jährliche Erhebung bei den Jugendämtern, zuletzt 2011

Literatur

Arbeitsgemeinschaft der Kreisjugendreferentinnen und Kreisjugendreferenten in Baden-Württemberg im Landkreistag, Arbeitsgemeinschaft der Stadtjugendreferentinnen und Stadtjugendreferenten in Baden-Württemberg im Städte und Gemeindetag (Hrsg.): Strukturen der Jugendarbeit in Baden-Württemberg, 2007, <http://kommja.jimdo.com/angebote/arbeitshilfen/>

Barlovic, I.: Jugendgerechte kommunale Demokratie – Ergebnisse einer Städtetagsumfrage. Impulsreferat auf der konstituierenden Sitzung der AG Bürgermitwirkung des Städtetags Baden-Württemberg am 11.04.2011 in Stuttgart, Anlage 2 pdf, 2011 http://www.staedtetag-bw.de/media/custom/1198_71253_1.PDF?1352128873

Bertelsmann Stiftung (Hrsg.): Kinder- und Jugendpartizipation in Deutschland. Daten, Fakten, Perspektiven, 2005, http://www.bertelsmann-stiftung.de/bst/de/media/xcms_bst_dms_17946_17947_2.pdf

Bundesjugendkuratorium (Hrsg.): Partizipation von Kindern und Jugendlichen – Zwischen Anspruch und Wirklichkeit. Stellungnahme des Bundesjugendkuratoriums, 2009, http://www.bundesjugendkuratorium.de/pdf/2007-2009/bjk_2009_2_stellungnahme_partizipation.pdf

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): Qualitätsstandards für Beteiligung von Kindern und Jugendlichen, 2012, <http://www.bmfsfj.de/BMFSFJ/Service/Publikationen/publikationsliste,did=161728.html>

Calmbach, M. u.a.: Wie ticken Jugendliche 2012? Lebenswelten von Jugendlichen im Alter von 14 bis 17 Jahren in Deutschland, 2012

Frieß, B., Ilg, W.: Evangelische Jugendarbeit in Zahlen. Die Statistik 2007 des Evangelischen Jugendwerks in Württemberg, 2008.

Gille, M.: Jugend heute: im Zwiespalt, in: DJI (Hrsg.): Kinder und Jugendliche im Generationengefüge, DJI-Impulse 1/2012, S. 19 – 21, 2012a

Gille, M.: Vom Wandel der Jugend, in: DJI (Hrsg.): Lebenswelten Jugendlicher, DJI-Impulse 3/2012, S. 4 – 8, 2012b

Hofmann-van de Poll, F., Rink, B.: Glossar zur EU-Jugendstrategie. Chance und Herausforderung für die deutsche Jugendpolitik, in: DJI (Hrsg.): Lebenswelten Jugendlicher, DJI-Impulse 3/2012, S. 29 – 32, 2012

Hurrelmann, K. u.a.: Lebensphase Jugend. Eine Einführung in die sozialwissenschaftliche Jugendforschung, Weinheim und München 1989.

Jugendstiftung Baden-Württemberg, Sechste Evaluation von Schulen im Jugendbegleiter-Programm 2011/2012, 2012, <http://www.jugendbegleiter.jugendnetz.de/fileadmin/bilder/Evaluation.pdf>

Jugendstiftung Baden-Württemberg, Landesschülerbeirat Baden-Württemberg (Hrsg.): Survey Jugend 2011 Baden-Württemberg, 2011, <http://jugendstiftung.de/fileadmin/Dateien/Jugendsurvey%202011.pdf>

Kommunalverband für Jugend und Soziales Baden-Württemberg (KVJS): Bericht zu Entwicklungen und Rahmenbedingungen der Inanspruchnahme erzieherischer Hilfen in Baden-Württemberg 2008, <http://www.kvjs.de/jugend/jugendhilfeplanung/kvjs-berichterstattung-hilfen-zur-erziehung.html>

Kommunalverband für Jugend und Soziales Baden-Württemberg (KVJS): Kinder- und Jugendhilfe im demografischen Wandel. Zusammenfassung der Ergebnisse der Berichterstattung 2010, <http://www.kvjs.de/jugend/jugendarbeit-jugendsozialarbeit.html>

Landesarbeitsgemeinschaft Mobile Jugendarbeit/Streetwork Baden-Württemberg e.V., Landesarbeitsgemeinschaft Jugendsozialarbeit Baden-Württemberg, Kommunalverband für Jugend und Soziales Baden-Württemberg (Hrsg.): Was leistet Mobile Jugendarbeit? Ein Porträt Mobiler Jugendarbeit in Baden-Württemberg, zweite überarbeitete und aktualisierte Ausgabe 2011, <http://lag-mobil.de/on/uploads/literatur/%20Broschuere.Mobile-2011komp.pdf>

Landesinstitut für Schulentwicklung, Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (Hrsg.): Bildung in Baden-Württemberg. Bildungsberichterstattung 2011, http://www.schule-bw.de/entwicklung/bildungsbericht/Bildungsbericht2011/Bildungsbericht_BW_2011.pdf

Landesjugendring Baden-Württemberg (Hrsg.): Zukunftsmodell Kinder- und Jugendarbeit. Herausforderungen für die Jugendarbeit durch den gesellschaftlichen und demografischen Wandel, 2011a, http://lrbw.k-k.de/bausteine.net/f/6458/LJR_AH_Zukunftsmodell_WEB.pdf?fd=0

Landesjugendring Baden-Württemberg (Hrsg.): Potenziale der Jugendarbeit, 2012, http://lrbw.k-k.de/bausteine.net/f/6457/LJR_ZuKu_Modell_WEB.pdf?fd=0

Miehle-Fregin, W.: Ergänzung der landesweiten KVJS-Berichterstattung in der Jugendhilfe. Jahrestagung Kommunale Jugendreferate 27. November 2012 Gültstein, http://www.kvjs.de/fileadmin/dateien/jugend/jugendarbeit_jugendsozialarbeit/jugendarbeit/Jahrestagung_komm._Jugendarbeit/Ergaenzung_der_landesweiten_KVJS-Berichterstattung.pdf

Rauschenbach, T., Borrmann, S., Düx, W., Liebig, R., Pothmann, J., Züchner, I.: Lage und Zukunft der Kinder- und Jugendarbeit in Baden-Württemberg. Eine Expertise, 2010, http://www.sozialministerium-bw.de/fm7/1442/Expertise_Jugendarbeit_2010.pdf

Schröder, W.: Entgrenzte Jugend – Zur Befähigung einer Generation? Vortrag auf der Wissenschaftlichen DJI-Fachtagung „Kinder und Jugendliche im Generationengefüge. Lebenslagen, Beziehungen, Übergänge, 09. und 10. November 2011 in Berlin

Shell Deutschland Holding (Hrsg.): Jugend 2010. Eine pragmatische Generation behauptet sich. 16. Shell Jugendstudie, 2010

Städtetag Baden-Württemberg (Hrsg.): Hinweise und Empfehlungen zur Bürgermitwirkung in der Kommunalpolitik, 2012, http://www.staedtetag-bw.de/media/custom/1198_71253_1.PDF?1352128873

Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe. Maßnahmen der Jugendarbeit 2008, 2009, https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Soziales/KinderJugendhilfe/MassnahmenJugendarbeit5225301089004.pdf?__blob=publicationFile

Wenzl U.: Mitreden, mitentscheiden und Mitgestalten: Die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen im kommunalen Raum, eNewsletter Wegweiser Bürgergesellschaft 11/2011 vom 10.06.2011, http://www.buergergesellschaft.de/fileadmin/pdf/gastbeitrag_wenzl_110610.pdf

Wenzl, U.: Mitreden, Mitentscheiden, Mitgestalten. Einflussfaktoren für gelingende Beteiligung von Kindern und Jugendlichen im kommunalen Raum, in: Jugendstiftung Baden-Württemberg (Hrsg.): ProjektArbeit 2012/2 Jugendbildung, S. 42-45

Wenzl, U.: Beteiligen? Und wenn ja: Wie?, in: kontur. Das jugendpolitische Magazin für Baden-Württemberg, Ausgabe 10, November 2012, S. 6-9

Impressum

Der Report „Familien in Baden-Württemberg“ erscheint im Rahmen der Familienberichterstattung vierteljährlich als Online-Publikation. Er enthält aktuelle Daten und wissenschaftliche Erkenntnisse zu verschiedenen Familienthemen und kann unter www.faf0-bw.de/Familien_in_BW kostenlos abonniert werden

Herausgeber:

Ministerium für Arbeit und Sozialordnung,
Familie, Frauen und Senioren Baden-Württemberg

Klaus Juchart
Schellingstr. 15
70174 Stuttgart

Tel.: 0711-123-0
Fax: 0711-123-39 99

Internet: www.sozialministerium-bw.de

Redaktion und Gestaltung:

FaFo FamilienForschung Baden-Württemberg
Erich Stutzer, Dr. Stephanie Saleth
Böblinger Straße 68
70199 Stuttgart

Tel.: 0711-641-20 33
Fax: 0711-641-24 44

Internet: www.faf0-bw.de

Veröffentlichung:

Claudia Busch, Jeannette Hartmann, Florian Lenz

Titelbild:

© Shootingankauf – www.fotolia.com